

Nachhaltigkeits- initiativen in der globalisierten Finanzindustrie

**Eine Analyse ihrer Wirksamkeit aus
entwicklungspolitischer Perspektive**

Florian Butollo



weed

**Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development**

Impressum

Nachhaltigkeitsinitiativen in der globalisierten Finanzindustrie

Eine Analyse ihrer Wirksamkeit aus entwicklungspolitischer Perspektive

Autor:

Florian Butollo

Herausgeber:

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
(WEED)

Weed dankt der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung für die finanzielle Förderung dieser Publikation.



Nordrhein-Westfälische Stiftung für
Umwelt und Entwicklung

WEED Büro Bonn

Bertha-von-Suttner-Platz 13
D-53111 Bonn

Tel.: +49 – (0)228 – 766 13 -0
Fax: +49 – (0)228 – 963 82 06

E-mail: weed@weed-online.org
www.weed-online.org

WEED Büro Berlin

Torstraße 154
D-10997 Berlin

Tel.: +49 – (0)30 – 27 58 -21 63
Fax: +49 – (0)30 – 27 59 -69 28

E-mail: weed@weed-online.org
www.weed-online.org

Layout: werk21

Druck: Pegasus-Druck

Berlin, September 2006

Schutzgebühr: EUR 3,00
WEED-Mitglieder: EUR 2,00
(zzgl. Versandkosten)

ISBN-10: 3-937383-46-8

ISBN-13: 978-3-937383-46-0

Inhalt

Zusammenfassung	3
Einleitung	5
1 Reichweite und Wirksamkeit bestehender Verhaltenskodizes im Finanzdienstleistungssektor	7
1.1 Überblick über bestehende Nachhaltigkeitsinitiativen	7
1.2 Problemfelder der bestehenden CSR-Initiativen	15
2 Die Konsolidierung im Finanzdienstleistungssektor – Herausforderung für die Unternehmensverantwortung	19
2.1 Marktsegmentierung: Fokussierung auf die profitabelsten Geschäftsfelder	20
2.2 Kapitaltransfer in die Industriestaaten	21
2.3 Erhöhtes Risiko von Finanzkrisen	21
3 Schlussfolgerungen	23
4 Der Beitrag von Banken und Versicherungen für einen nachhaltigen Finanzsektor	24
Literatur	26
Nützliche Weblinks:	28

Zusammenfassung

Im letzten Jahrzehnt kam es zu rasanten Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der deutschen Finanzdienstleister. Ein wesentliches Merkmal ist die Expansion in ausländische Märkte. Die Finanzsektoren der Schwellenländer sind hierbei besonders attraktiv, da ihr Potential aus Sicht der in Europa agierenden Unternehmen noch weitgehend unerschlossen ist. Die Unternehmen der Finanzbranche in den Industriestaaten setzen sich daher für eine Liberalisierung der Finanzsektoren der Schwellenländer ein. Diesem Interesse wird im Dienstleistungsabkommen der WTO Rechnung getragen, das, sollte es in Kraft treten, eine weitgehende und irreversible Öffnung der Märkte in den Entwicklungsländern vorsieht.

Die vorliegende Broschüre ist aus der Erkenntnis heraus erwachsen, dass die Gestaltung der Globalisierung im Finanzsektor in entwicklungspolitischer Hinsicht von großer Bedeutung ist. Um zu untersuchen, ob die Banken und Versicherungen hierbei ihrer Verantwortung nachkommen, wurde eine Bestandsaufnahme der wichtigsten Nachhaltigkeitsinitiativen unternommen. Davon ausgehend sollte ermittelt werden, in wie weit die globale Expansion der Finanzdienstleister unter Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien vollzogen wird.

Die Analyse der bestehenden Standards und Kodizes widmete sich der UNEP FI, den Equator Principles, den Initiativen für nachhaltige Geldanlagen und Mikrofinanzierungsprogrammen. Die Initiativen beziehen sich auf verschiedene Geschäftsfelder der Unternehmen und haben unterschiedliche Charakteristika. Zusammenfassend ließ sich jedoch feststellen, dass die Akteure der Finanzbranche – trotz einer recht selbstbewussten Rhetorik – noch weit davon entfernt sind, eine deutliche Wendung hin zu einer nachhaltigen Gestaltung ihrer Geschäftstätigkeit zu vollziehen. Den bestehenden Nachhaltigkeitsinitiativen mangelt es bisher an Allgemeinverbindlichkeit und Transparenz, was ihre Wirksamkeit unterminiert und ihre Glaubwürdigkeit beschädigt. Ein gravierender Mangel

ist, dass sich die gegenwärtigen Ansätze nur auf bestimmte Geschäftsfelder der Branche beschränken. Es besteht bisher kein Maß für die Gesamt-Performance der Unternehmen in allen Bereichen ihrer Tätigkeit. Die sozialen Auswirkungen der Unternehmenspraxis bleiben außerdem stets unterbelichtet, da meist ökologische Themen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen.

Die möglichen Auswirkungen der Liberalisierung des Handels mit Finanzdienstleistungen werden von den bestehenden Nachhaltigkeitsinitiativen nicht berücksichtigt. Kritische Studien analysieren, dass die Tätigkeit ausländischer Finanzdienstleister in Entwicklungsländern primär auf die wohlhabende Kundschaft ausgerichtet ist. Wo dies der Fall ist, sind Finanzdienstleistungen für arme Kunden sowie kleine und mittelständischen Unternehmen kaum oder gar nicht zugänglich. Eine Verschärfung der sozialen Ungerechtigkeit und eine Blockade von eigenständigen Wachstumspotentialen für die Entwicklungsländer sind die Folge. Besonders alarmierend ist, dass das Risiko von Finanzkrisen durch den Markteintritt von ausländischen Banken aufgrund verschiedener Faktoren zunimmt.

Diese Entwicklungen stellen eine entscheidende Herausforderung für Nachhaltigkeitsstrategien im Finanzsektor dar. Wenn die Liberalisierung in der bisher vorgesehenen Form von Statten geht, werden punktuelle Initiativen zur Armutsbekämpfung, wie z.B. die Etablierung von Mikrofinanzprogrammen, durch negative Auswirkungen der Strukturveränderungen der Finanzsektoren in den Entwicklungsländern in den Schatten gestellt.

Die Finanzdienstleister sollten sich daher ihrer Verantwortung stellen und folgende Änderungen in ihrer Nachhaltigkeitspraxis unternehmen:

- Die Verbindlichkeit der bestehenden Nachhaltigkeitsinitiativen muss sichergestellt werden, indem externe Kontrolle und Sanktionsmechanismen eingeführt werden. Initiativen der

4

Wirtschaft sollten hierfür von politischen Regulierungsmaßnahmen flankiert werden.

- Das Prinzip der Nachhaltigkeit muss als unteilbar aufgefasst werden. In diesem Sinne sollte ein Finanzinstitut dazu verpflichtet werden, Rechenschaft über alle unmittelbaren und mittelbaren Folgen seiner Geschäftstätigkeit abzulegen, statt sich auf öffentlichkeitswirksame Darstellungen von Einzelinitiativen zu beschränken.
- Das Geschäft der global agierenden Finanzdienstleister in Entwicklungsländern kann nur unter besonderer

Berücksichtigung der Konsequenzen für die Armutsbekämpfung durchgeführt werden. Hierfür müssen spezielle Auflagen und Kontrollmechanismen entwickelt werden.

Insgesamt müssen die Nachhaltigkeitsinitiativen der Finanzdienstleister mit der Etablierung einer wirksamen Finanzarchitektur einhergehen, welche durch gesetzliche Maßnahmen die Missachtung von sozialen und ökologischen Kriterien unterbindet und die Gefahren durch Finanzkrisen eindämmt.

Einleitung

Seit den 1990er Jahren befindet sich der Finanzsektor weltweit im Umbruch. Schärfere Konkurrenz unter den Finanzdienstleistern und die Konsolidierung in der Branche haben gerade für die internationale Geschäftstätigkeit weit reichende Folgen. Große Banken liefern sich Übernahmeschlachten und fusionieren zu mächtigen, global agierenden Finanzkonzernen. Banken und Versicherungen schließen sich zusammen und bilden Allfinanzkonzerne, die verschiedenartigste Finanzdienstleistungen anbieten. Immer mehr Banken und Versicherungen erweitern den Bereich ihrer Tätigkeit und bieten Finanzdienstleistungen im Ausland an. Die Internationalisierung des Finanzdienstleistungssektors gewinnt an Fahrt. In wenigen Jahren eroberten europäische Banken den Löwenanteil am osteuropäischen Markt. Und auch in den meisten Entwicklungsländern sind die Global Player der Finanzbranche inzwischen vertreten. Die dortigen Märkte gelten als besonders lukrativ und versprechen im Vergleich zu den weitgehend aufgeteilten und heiß umkämpften Märkten in den Industriestaaten ein hohes Wachstumspotential. Die Globalisierung ist für die Finanzbranche die signifikanteste Entwicklung der letzten Jahre, sie bedeutet eine tief greifende Veränderung für das Geschäft der Finanzdienstleister.

Vom entwicklungspolitischen Standpunkt aus gesehen, ist die Gestaltung dieses Prozesses von großer Bedeutung. Schließlich stellt der Finanzsektor das Nervenzentrum einer jeden Volkswirtschaft dar. Ob es zu einer deutlichen Reduzierung der Armut in den Ländern des Südens kommt, hängt in hohem Ausmaß davon ab, ob die Struktur und die Prioritäten des Finanzsektors in den Entwicklungsländern dies möglich machen. Der Markteintritt der Finanzdienstleister aus den Industriestaaten schafft hier neue Voraussetzungen, die einer besonderen Berücksichtigung bedürfen.

In den Unternehmen der Finanzbranche gibt es in den letzten Jahren eine erhöhte Sensibilität für die ökologischen und sozialen Wirkungen der Geschäftstätigkeit. Vielfältige Initiativen zur Un-

ternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility – CSR) formulieren Grundsätze, welche gewährleisten sollen, dass die Unternehmen ohne Beeinträchtigungen von Mensch und Natur wirtschaften. Die Aufmerksamkeit gegenüber ökologischen und sozialen Themen ist auch eine Reaktion auf öffentlichen Druck, dem die Unternehmen ausgesetzt sind. Einige Banken gerieten ins Kreuzfeuer der Kritik, weil sie umweltgefährdende oder -schädigende Projekte finanzierten. Die WestLB erlitt beispielsweise eine empfindliche Beeinträchtigung ihres Rufs, nachdem NROs aufdeckten, dass sie als Hauptfinanzier eines Pipelineprojektes durch Ekuador fungierte, von dem erhebliche Gefahren für ökologisch sensible Gebiete und die dort lebenden Menschen ausgehen. Als Reaktion darauf gelobte die WestLB »neu zu denken« und sich am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung zu orientieren.

Die Akteure der Finanzbranche sind sich darüber einig, dass die Umorientierung der Geschäftspraxis durch die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft in die Wege zu leiten sei. Damit erteilen sie auch Forderungen nach staatlichen Regulierungen durch verbindliche Mindeststandards eine Absage. In den letzten Jahren war von zivilgesellschaftlicher Seite zunehmend thematisiert worden, dass die Globalisierung asymmetrisch verlaufe. Transnational agierende Konzerne akkumulierten immer mehr wirtschaftliche Macht, während sie sich zunehmend der Einflussnahme durch Nationalstaaten entzogen. Forderungen nach einer stärkeren Regulierung der Wirtschaft durch stabile internationale Regelungen, die soziale, ökologische und andere gesellschaftliche Bedürfnisse berücksichtigten, scheitern jedoch bis heute am Widerstand der Wirtschaft. Deren Modell von »Global Governance« setzt stattdessen auf Freiwilligkeit und betont das Eigeninteresse der Unternehmen an einer nachhaltigen Entwicklung der Weltgesellschaft. Mit der Durchsetzung des neoliberalen Paradigmas ist dieser Ansatz mittlerweile hegemonial und zeigt auf einen zusätzlichen Abbau staatlicher Handlungs-

Die freiwillige Selbstverpflichtung ist aus Sicht der Unternehmen eine Alternative zu staatlicher Regulierung.

6

kompetenz ab: statt eines Ausbaues sozialer und ökologischer Regulierung durch die öffentliche Hand hat ein Prozess der Deregulierung eingesetzt, dem auch die noch bestehenden nationalstaatlichen Auflagen zum Opfer fallen – auch im Finanzsektor.

Die vorliegende Broschüre soll eine kritische Bestandsaufnahme über die gegenwärtigen Initiativen für eine nachhaltige Unternehmenspraxis in der Finanzbranche liefern und erörtern, in wie weit sie tatsächlich weiter gehende Regulierungen überflüssig machen. Dabei soll untersucht werden, ob von einer ökologischen und sozialen Trendwende gesprochen werden kann; ob dem »neuen Denken« auch tatsächlich ein neues Handeln folgt, das den Finanzsektor grundlegend verändern kann. Die Diskussion soll ermitteln, welche Schritte noch von den Unternehmen zu machen sind, um dem selbst gesteckten Anspruch gerecht zu werden, und welche politischen Maßnahmen sie auf diesem Weg begleiten sollten.

Im zweiten Teil wird analysiert, welche Folgen die Transformation der Finanzsysteme in den Entwicklungsländern, die aufgrund der Liberalisierung des Handels mit Finanzdienstleistungen vor sich geht, für die Umwelt und die Menschen in diesen Ländern hat. Die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit bedeutet für die Unternehmen auch, dass sie ein besonderes Augenmerk auf die Folgen der Geschäftstätigkeit in den Entwicklungsländern haben sollten. Durch die Globalisierung entstehen neue Verantwortungen, die bisher kaum Gegenstand von Nachhaltigkeitsinitiativen waren. Um dieses Defizit zu beheben sollen abschließend Vorschläge für eine umfassende Nachhaltigkeitsorientierung des Finanzsektors gemacht werden.

1 Reichweite und Wirksamkeit bestehender Verhaltenskodizes im Finanzdienstleistungssektor

Nachhaltiges Wirtschaften ist – zumindest nominell – ein Leitbild der Finanzwirtschaft geworden. Die meisten Unternehmen der Branche haben heute einen oder mehrere Verhaltenskodizes unterzeichnet, in denen humanitäre und ökologische Anforderungen festgeschrieben werden. Das öffentliche Bekenntnis zu Prinzipien der Nachhaltigkeit ist ein Wirtschaftsfaktor geworden. Da die Finanzwirtschaft besonders auf das Vertrauen der Kundschaft angewiesen ist, kümmern sich firmeneigene Nachhaltigkeitsabteilungen, ökologisch ausgerichtete Rating-Agenturen und Forschungsabteilungen darum, das Firmenimage sauber zu halten. Verstöße gegen ökologische und soziale Standards können zu einem Imageverlust und ökonomischen Verlusten führen – zumindest in den Bereichen, in denen die Kundenbindung von großer Bedeutung ist. Dieses Risiko macht die Akteure der Finanzbranche auch anfälliger für öffentliche Kritik. Viele Unternehmen sind deshalb an Dialog mit Akteuren der Zivilgesellschaft interessiert und in manchen Fällen waren Unternehmen gezwungen mit Worten und Taten auf die Aufdeckung negativer Folgen ihrer Geschäftstätigkeit zu reagieren. Die hohe Sensibilisierung der Öffentlichkeit macht es für die meisten Unternehmen schwerer,

unter Missachtung von Menschenrechten und Umwelt zu wirtschaften.

Die Fülle von Absichtserklärungen macht eine Überprüfung der Unternehmenspraxis jedoch nicht einfach. Es besteht eine Vielzahl von Verhaltenskodizes auf der Ebene einzelner Unternehmen, bei denen die Verbindlichkeit äußerst gering ist, da deren Einhaltung ausschließlich innerhalb der Unternehmen überwacht wird. Gewiss ist die Etablierung einer solchen Absichtserklärung meist mehr als bloße Rhetorik – letztendlich bleibt das Unternehmen jedoch ausschließlich gegenüber sich selbst rechenschaftspflichtig, zumal das Geschäftsgeheimnis die Finanzbranche zu einem verhältnismäßig intransparenten Feld macht.

Die Diskussion um nachhaltiges Wirtschaften im Finanzsektor konzentriert sich folgerichtig auf den Versuch, unternehmensübergreifende Standards zu etablieren, denn nur so besteht die Möglichkeit eines Vergleichs und die Chance, verbindlichere Mindeststandards zu etablieren, von denen aus eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Geschäftspraxis im Finanzsektor angestrebt werden kann. Im Folgenden werden die wichtigsten übergreifenden CSR-Initiativen im Finanzsektor dargestellt.

In den letzten Jahren ist eine Fülle von Nachhaltigkeitsinitiativen entstanden. Viele bleiben jedoch unverbindlich.

1.1 Überblick über bestehende Nachhaltigkeitsinitiativen

1.1.1 UNEP Finance Initiative

Die UNEP Finance Initiative ist eine Partnerschaft des Umweltprogrammes der UN (UNEP) mit dem Finanzsektor. Das Ziel der 1992 gegründeten Initiative ist ein institutionalisierter Dialog der Finanzwirtschaft über das Thema nachhaltige Entwicklung. Aufgrund der Entstehung von Allfinanz-Konzernen wie der Allianz-Gruppe oder der Citigroup, die sowohl Versicherungsleistungen als auch Bankdienstleistungen anbieten, wurden die bestehenden Vernetzungen im Banken und Versicherungssektor 2003 un-

ter einem Dach zusammengefasst. Mittlerweile haben über 160 Finanzdienstleister die Grundsätze der UNEP FI unterzeichnet.

Damit erklären sie, dass dem Finanzsektor einen wichtigen Beitrag für nachhaltige Entwicklung hat. Um dem gerecht zu werden sollen ökologische Gesichtspunkte in allen Bereichen der Geschäftstätigkeit (Risikoabschätzung und Produkte) berücksichtigt werden. Auch innerhalb des Unternehmens soll energieeffizient und ressourcensparend gewirtschaftet werden. Die Fortschritte sollen in regelmäßig erscheinenden Berich-

8

Die UNEP FI beschränkt sich auf ökologische Themen. Soziale Fragen spielen keine Rolle. Zudem sind die Grundsätze zu unkonkret.

Da es keine Überprüfung der Unernehmenspraxis seitens der UNEP FI gibt, bleiben »Trittbrettfahrer« unbehelligt.

ten veröffentlicht werden. Ausdrücklich wird betont, dass die Erklärungen der UNEP FI keinen verbindlichen Charakter haben. Ein von der UNEP in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten des Centre for International Environmental Law (CIEL) beschwichtigt potenzielle Unterzeichner der Initiative: »While a signatory's breach of the UNEP Guidelines could expose the signatory to significant public perception problems, the breach of the UNEP Guidelines is unlikely to impose new legal liabilities upon the signatory in breach.«¹ 2004 wurden zusätzliche Bedingungen für die Mitgliedschaft eingeführt. Die Unternehmen müssen nun einen jährlichen Beitrag bezahlen, zumindest jedes zweite Jahr an den UNEP FI Hauptversammlungen teilnehmen und jedes Jahr einen kurzen Bericht über die Schritte zur Umsetzung der Grundsätze im Unternehmen verfassen, der allerdings nicht öffentlich einsehbar ist.²

Als Dialogforum der Finanzwirtschaft schreibt die UNEP FI keine bestimmten Mindeststandards für die Finanzbranche vor, sondern begnügt sich mit einem Katalog von allgemeinen Prinzipien und der Verpflichtung zu einer regelmäßigen Berichterstattung über die Implementierung einer nachhaltigen Praxis. Sie beschränkt sich dabei weitgehend auf ökologische Fragen, der Begriff der nachhaltigen Entwicklung wird kaum mit entwicklungspolitischen Forderungen zur Bekämpfung der Armut gefüllt.

Als Dialogforum kann die UNEP FI sicherlich einen Beitrag zur Entwicklung nachhaltiger Strategien von Seiten der Finanzwirtschaft beitragen. Bedenklich ist dabei jedoch, dass zivilgesellschaftliche Akteure aus diesem Prozess weitgehend ausgeschlossen bleiben. Die Stellungnahmen der UNEP FI drohen daher zu einer Selbstbestätigung der Finanzbranche zu werden, in der der Fokus darauf liegt, sich gegenseitig Anerkennung auszusprechen, statt durch eine kritische Reflektion der bestehenden Praxis Ideen für eine Behebung der Defizite zu entwickeln. Die UNO muss hier für einen Imagegewinn der Unternehmen hinhalten. Die Diskussion über fortschrittliche Ansätze in der Unternehmenspolitik mag dennoch Erfolge zeitigen, indem sie Unternehmen zu Veränderungen inspirieren kann. Der PR-Effekt der Initiative schränkt jedoch die Effektivität des bestehenden Dialogs ein.

Der gravierendste Mangel der UNEP FI liegt in der geringen Konkretisierung der eingeforderten Verhaltensmaximen. Im Grunde handelt es sich dabei eher um Werte als um Mindeststandards. Die UNEP übt keine Kontrolle über die Finanzen und die Ausrichtung des Projektes aus und es wird auch keinerlei Verifizierung über die Implementierung von Nachhaltigkeitskriterien verlangt, die demnach auch nicht von einer Instanz außerhalb des betreffenden Unternehmens überwacht werden. Das macht die UNEP FI im hohen Maße anfällig für Trittbrettfahrer, die sich mit den Federn der UNEP schmücken wollen um ihr Image aufzubessern. In einem Brief von Nichtregierungsorganisationen an die UNEP FI heißt es: »What is clear is that there is a small number of active financial institutions within the Initiative doing some good things while the majority of other ›passive members‹ are free riding off the back of their colleagues contributions. We are also aware that in many cases there does not even appear to be any awareness or support at the CEO level of what these institutions have signed up to.«³ Die Nachhaltigkeitspraxis der Unternehmen, die Reichweite der Maßnahmen und ihre Seriosität sind daher als höchst unterschiedlich zu bewerten. Dass die Unterzeichnung der UNEP FI für einige Unternehmen nicht mit einem ernstzunehmenden Engagement verbunden war, zeigte sich, als eine Reihe von Unternehmen ihr Engagement im Rahmen der UNEP FI zurückzogen, als eine Gebühr für die unterzeichnenden Institutionen eingeführt worden war.⁴

Die UNEP FI zeigt, dass es eine breite Diskussion und Handlungsbedarf für einen nachhaltig wirtschaftenden Finanzsektor gibt. Eine Gewähr für Veränderungen ist sie nicht. Um der Dringlichkeit der Aufgaben gerecht zu werden, müsste sie über ihrer Rolle als Diskussionsforum überwinden, den Unterzeichnern verbindlichere Maßnahmen abverlangen und deren Umsetzung kontrollieren. Solange die UNEP FI passive Mitglieder toleriert werden die positiven Anstrengungen der Vorreiter konterkariert und die Glaubwürdigkeit der UNEP FI beschädigt.

¹ <http://www.unepfi.org/benefits/obligations/index.html>

² <http://www.unepfi.org/benefits/obligations/index.html>

³ Brief des NRO-Netzwerkes Banktrack an die UNEP FI vom 25. November 2002. URL: http://banktrack.org/doc/File/Policies_and_processes/UNEP_Finance_Initiative/021125_BT_Letter_to_UNEP_FI_on_state_of_affairs.pdf

⁴ Vander Stichele, Myriam, Critical issues in the financial industry, SOMO 2004.S. 80.

1.1.2 Equator Principles: Nachhaltigkeit im Projektfinanzierungsgeschäft

Die Finanzierung von großen Infrastrukturprojekten wie z.B. Staudämmen, Pipelines und Kraftwerken gehört zu den Geschäftsbereichen von Banken, die oft mit gravierenden Beeinträchtigungen von Mensch und Natur verbunden sind. Durch den Bau von Pipelines können z.B. ökologisch sensible Gebiete und die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung gefährdet werden, wie es im Fall der von der WestLB finanzierten OCP Pipeline der Fall ist.⁵

Immer wieder gerieten die Auftraggeber und die Banken, die die Finanzierung der strittigen Projekte verwirklichten, ins Kreuzfeuer der Kritik. Da die Auswirkungen ihres Handelns konkret nachvollziehbar und öffentlichkeitswirksam sind, ist für die Projektfinanzierung für die Banken mit einem hohen Reputationsrisiko verbunden, wodurch auch der Erfolg in anderen Geschäftsfeldern beeinträchtigt werden kann. Die Equator Principles sind als Antwort auf das schlechte Image der Banken in diesem exponierten Geschäftsbereich entstanden. Alle zehn Banken, welche die Initiative 2002 ins Leben gerufen hatten, waren in Projekte involviert gewesen, die heftig von NROs kritisiert worden waren. Einigen davon war zuvor die Finanzierung von der Weltbank verweigert worden, da sie deren sozialen und ökologischen Normen nicht genügten.⁶ Mittlerweile bekennen sich 41 Banken aus 16 Staaten, die gemeinsam einen Anteil von etwa 85% am Projektfinanzierungsgeschäft haben, zu den Equator Principles. Im Juli 2006 wurde eine erweiterte Fassung der Prinzipien vorgelegt, in die auch Vorschläge von NROs eingearbeitet wurden.

Die Equator Principles sind mehr als ein vages Bekenntnis zu einem Katalog unverbindlicher Werte. Konsequenterweise sehen sie eine umfangreiche Risikoabschätzung und Prüfung der zu fördernden Projekte vor. Die Kreditnehmer müssen gegenüber den Equator-Banken nachweisen, dass die geplanten Projekte keine Schäden nach sich ziehen, andernfalls sollten die Kredite verweigert werden. Insofern könnten die Equator Principles tatsächlich dazu beitragen, relativ klar definierte Mindeststandards für die

Branche festzulegen. Die Banken sind außerdem verpflichtet, die Praxis ihrer Geschäftstätigkeit offen zu legen. Anders als bei der UNEP FI sind die jährlichen Berichte über die Befolgung der Equator Principles für die Öffentlichkeit und nicht nur für den internen Gebrauch bestimmt.

Da die Anforderungen an die Projektfinanzierungen relativ detailliert festgelegt sind und die Equator Principles von den Banken gerne als Referenz für ihre Nachhaltigkeitsorientierung angeführt werden, wäre eigentlich zu erwarten, dass keine schädlichen Projekte mehr durch die Equator-Banken finanziert werden. Leider scheint der Bankensektor jedoch nach wie vor weit von einer Praxis entfernt zu sein, die dem Anspruch gerecht wird, ökologische und soziale Beeinträchtigungen auszuschließen.

Hauptgrund dafür ist, dass auch für die Equator Principles keinerlei Kontrollmechanismus besteht, um Banken aufgrund abweichenden Verhaltens zur Rechenschaft zu ziehen. Banken »adaptieren« die Prinzipien, sie können bisher nicht gezwungen werden, aufgrund von Verstößen gegen die Standards aus dem Equator-Prozess auszuschneiden. Die Überwachung der Unternehmenspraxis unterliegt ausschließlich der Kontrolle der jeweiligen Bank. Die Gewissenhaftigkeit der Banken bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitskriterien bleibt daher seit Einführung der Equator Principles zweifelhaft. Nicht selten deckten NROs auf, dass Banken, die sich zu den Prinzipien bekannten, schädliche Projekte finanzierten, darunter zwei Ölförderungsanlagen (Kurische Nehrung in Litauen, Sahalin in Russland), zwei Pipelines (Georgien, Malaysia) und eine Papierfabrik (Uruguay).⁷

Obwohl die Equator Principles inzwischen von den meisten im Projektfinanzierungsgeschäft tätigen Banken unterzeichnet wurden, wird dadurch kein Schlussstrich unter die Finanzierung von ökologischen und sozial schädlichen Projekten gezogen. Zwar kommt es durchaus vor, dass Banken die Projektfinanzierung unter Berufung auf die Equator Principles ablehnen. Allerdings sind Konstrukturen von Anlagen, die den Prinzipien nicht genügen, immer noch in der Lage Finanzmittel für deren Bau aufzutreiben, wie die aktuelle Auseinandersetzung um die Öl- und Gasförderungsanlage in Sachalin (Russland) demonstriert (siehe Kasten). Wenn tatsächlich keine der Equator-Banken bereit sein sollte, einen Kredit zu gewähren, so besteht im-

Obwohl die Equator Principles relativ detaillierte Bedingungen für die Kreditvergabe festlegen ...

... werden immer noch Projekte finanziert, die erhebliche Risiken für Mensch und Natur nach sich ziehen – auch von den Unterstützern der Equator Principles.

⁵ Vgl. International und katastrophal – Das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB, Urgewald 2004.

⁶ Missbach, Andreas: »The Equator Principles: Drawing the line for socially responsible banks? An interim review from an NGO perspective, in: Development 47,3 (2004), S. 78-94. S. 79.

⁷ Vgl. <http://banktrack.org/?mc=5>

mer noch die Möglichkeit, sich an die Banken zu wenden, die sich nach wie vor den Prinzipien verweigern – zumal sich deren Anteil am Projektfinanzierungsgeschäft vergrößert hat: Die Banken BNP Paribas und Société General, die sich beide nicht zu den Equator Principles bekennen, belegen mittlerweile die Plätze 2 und 3 im Ranking der im Projektfinanzierungsgeschäft tätigen Banken und haben damit ihren Geschäftsanteil beträchtlich ausgebaut.⁸

Auch für die Equator Principles gilt, dass alle ernsthaften Bemühungen eine wirkliche Umorientierung der Geschäftspraxis im Bankensektor zu erzielen, solange nicht von Erfolg gekrönt werden, solange sich die lobenswerten Grundsätze nicht als allgemeinverbindliche Standards im gesamten Bankensektor durchgesetzt und die Banken bei Verst oen rechenschaftspflichtig gemacht werden können.

Sachalin II: Prüfstein für die Equator-Principles

Auf der Insel Sachalin am östlichen Rand Russlands entsteht eines der gr oten Projekte zur Öl- und Gasf derung auf der Welt. Es besteht aus drei offshore Plattformen, mehreren Pipelines zu Land und zu Wasser und andere Einrichtungen.

Umweltschutzorganisationen haben die Betreiberfirma Shell wiederholt auf die Risiken des Projektes hingewiesen. Die letzten lebenden westlichen Grauwale sind durch den Bau der Anlage von der Ausrottung bedroht. Doch auch andere Arten, sowie die Einwohner Sachalins, deren Haupteinnahmequelle im Fischfang besteht, werden massiv beeinträchtigt. Experten haben gravierende Mängel in Risikoabsicherung aufgezeigt, wodurch eine katastrophale  lpest möglich ist. Trotz wiederholter Warnungen und Protesten der Einheimischen hält die Betreiberfirma Shell an den Bauplänen fest.

Shell sucht derzeit nach öffentlichen und privaten Krediten für Sachalin II. Einige Banken haben eine Unterstützung aufgrund der gravierenden Mängel zurückgewiesen. Trotzdem ist es wahrscheinlich, dass die Kredite vergeben werden. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und sieben Privatbanken erwägen derzeit die Kreditvergabe. Darunter befinden sich auch Banken, die sich zu den Equator-Principles bekennen, wie die Royal Bank of Scotland und ABN Amro.

Mit der Finanzierung von Sachalin II steht erneut die Glaubwürdigkeit der Equator-Principles auf dem Spiel. Gerade die Bank ABN Amro, die eine Vorreiterrolle bei den Equator-Principles gespielt hatte und 2006 von der Financial Times mit dem Preis für die nachhaltigste Bank des Jahres ausgezeichnet wurde, würde damit beispiellose Doppelzüngigkeit an den Tag legen. Nach Einschätzung des NRO-Netzwerks Banktrack steht mit der Entscheidung über Sachalin II auch die Zukunft der Equator Principles auf dem Spiel, deren Glaubwürdigkeit »nachhaltig« zerstört werden würde, sollten ABN Amro die Kredite an Shell vergeben.

Sachalin II ist auch ein trauriges Beispiel für die mangelnde Rechenschaftspflicht der Banken und den geringen Einfluss der »Stakeholder«. Auch wenn die Bedrohungen für die Umwelt nachgewiesen können und Einheimische protestieren, gibt es keine effektive Handhabe, die Finanzierung des Projektes zu verhindern, solange sich die Banken taub stellen.

Quelle: www.carbonweb.org

⁸ Vgl. die Rankings in der Zeitschrift ProjectFinance, Februar 2004 und Februar 2006.



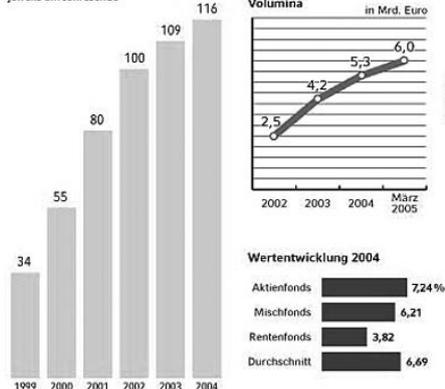
Arbeiter in Kholmsk/Sachalin beseitigen Verschmutzungen durch ausgetretenes Öl.
Quelle: Anzeige von NROs in der Washington Post, Mai 2006.

1.1.3 Nachhaltiges Investment

Das Volumen von Investitionen auf den Kapitalmärkten hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. In diesem Jahr steigt es in Deutschland um etwa 20%; es liegt derzeit bei etwa 1300 Mrd. Euro.⁹ Banken spielen dabei eine bedeutende Rolle als Anlageberater und Vermittler der Investitionen. Wenn Nachhaltigkeitskriterien zu einem dominanten Kriterium bei Investitionen auf den Finanzmärkten gemacht werden könnten, wäre der Effekt einer ökonomischen Umsteuerung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise entsprechend groß.

Nachhaltiges Investment

In Deutschland, Österreich und der Schweiz zugelassene Fonds
jeweils am Jahresende



Das Volumen der in ethischen bzw. nachhaltigen Fonds angelegten Beträge ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. In Deutschland werden derzeit knapp 8 Mrd. Euro in nachhaltige Publikumsfonds investiert.¹⁰ Trotz des steigenden Volumens der Investitionen kommen nachhaltige Fonds derzeit nicht über eine Nischenstellung hinaus. Ihr Anteil an der Gesamtsumme der Anlagen in Europa liegt derzeit bei deutlich unter einem Prozent.⁹ Fonds professionell online. Zahlen vom 22.2.2006.

¹⁰ Eins Entwicklungspolitik, August 2006. Dossier: S. XVIII

zentpunkt. In einem rasant wachsenden Markt bedeutet die Zunahme der Anlagen in nachhaltige Fonds nicht, dass deren Bedeutung auf dem Markt insgesamt zunimmt. Der Anteil der nachhaltigen Geldanlagen bei der WestLB Tochter WestAM ging beispielsweise zwischen 2002 und 2004 von 0,12% auf 0,09% zurück. Dennoch verweist die Bank auf Fortschritte im Bereich der nachhaltigen Investitionen. Ihre Nachhaltigkeitsfonds investieren in Unternehmen, die nachhaltiges Wirtschaften im Kerngeschäft mit einer überdurchschnittlichen Rendite und hohen Wertsteigerungspotentialen vereinen.¹¹ Auch eine Studie der Bankenvereinigung World Business Council for Sustainable Development und der UNEP FI bestätigt, dass Fragen der Nachhaltigkeit nach wie vor eine Randerscheinung im Finanzdienstleistungsgeschäft sind. Darin wurden junge Manager nach ihrer Haltung zu Nachhaltigkeitskriterien in der Unternehmenspraxis befragt, um herauszufinden, ob in der Branche ein Umdenken im Sinne eines Generationenwechsels stattfindet. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass dem nicht so sei: »Young analysts appear unconvinced over the materiality of most environmental, social, and governance issues to business; unable to consider them because of inadequate information, training, or tools; and unwilling to depart from business as usual because of conflicts with remuneration, career advancement, or culture.«¹² Die Marginalität von nachhaltigen Geldanlagen und die fehlende Verankerung von ökologischen und sozialen Kriterien im Anlagengeschäft der Banken weisen auf das Kernproblem dieser Form von Nachhaltigkeitsstrategien

¹¹ Neu denken. Nachhaltigkeitsbericht 2005, WestLB 2005. S. 25.

¹² Perspectives. Generation lost: young financial analysts and environmental, social and governance issues. Executive Summary. World Business Council for Sustainable Development and United Nations Environment Programme Finance Initiative 2005.

Das Volumen der Beträge, die in Nachhaltigkeitsfonds angelegt werden, ist gestiegen ...

... die Masse der Anlagegeschäfte bleibt aber davon unberührt.

Nötig wäre die Umorientierung des gesamten Anlagegeschäfts. Derzeit wird jedoch nur die Nachfrage der ökologisch bewußten Kundschaft befriedigt.

Vodafone, BP, Shell ...: Nicht überall, wo »Nachhaltigkeit« draufsteht, ist auch Nachhaltigkeit drin!

hin: es gibt derzeit keine Anzeichen dafür, dass die Masse der Transaktionen unter Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Gesichtspunkten umorganisiert wird und dass dies überhaupt zu den Zielsetzungen der Finanzdienstleister gehört. Vielmehr wird ein Teil der Anlagen gemäß den Anforderungen eines bestimmten Kundensegmentes als Nachhaltigkeitsfonds gestaltet, während die Masse der Anlagen von diesen Ansprüchen befreit bleibt. Im Großen und Ganzen bleibt die Realisierung der höchstmöglichen Rendite das einzige Kriterium im Anlagegeschäft; die inhaltliche Beschaffenheit der jeweiligen Fonds bleibt relativ unerheblich.

Der Trend einer immer stärkeren kurzfristigen Fokussierung der Anleger auf die höchste Rendite, der mit dem Wachstum der internationalen Finanzmärkte einhergeht, setzt ökologisch orientierte Unternehmen dem Zwang aus, kurzfristig attraktivere Anlagemöglichkeiten zu präsentieren als Konkurrenten, die sich nicht im selben Ausmaß zu ökologischen und sozialen Mindeststandards bekennen. Dies kann jedoch nur von einem bestimmten Anteil der Unternehmen in bestimmten Branchen verwirklicht werden. Insofern ist zu bezweifeln, dass Nachhaltigkeitsfonds in absehbarer Zeit einen weitaus größeren Anteil am Anlagemarkt stellen, als bisher. Zudem engt der Zwang zur Profitmaximierung die Spielräume einer deutlichen Umorientierung der Geschäftspraxis ein. Nur wenige Unternehmen schaffen es wirklich ihre Geschäftspraxis in hohem Maß umweltverträglich und sozial ausgewogen zu gestalten. Die bestehenden Nachhaltigkeitsindizes operieren mit eher weit gefassten und formalen Kriterien, was Zweifel über die Qualität der jeweiligen Fonds aufwirft (siehe Kasten).

So lange der Anteil von Nachhaltigkeitsfonds nicht substantiell steigt, bleiben ökologische und soziale Kriterien für die Masse der Geldanlagen unberücksichtigt. Daher wäre es für die Banken

von zentraler Bedeutung, Strategien zu erarbeiten, wie Nachhaltigkeitskriterien im Anlagegeschäft hegemonial gemacht werden können. Bisher handeln Banken hier eher im Sinne einer passiven Anpassung an die Nachfrage eines bestimmten Kundensegments. Die Aktien gewisser Unternehmen mit nachhaltiger Geschäftspraxis werden in Fonds für eine auf ethische Geldanlagen orientierte Kundschaft gruppiert. Im Großen und Ganzen entsteht dadurch jedoch noch keine substantielle Verschiebung in der Anlage- bzw. der Investitionstätigkeit. Im Interesse einer effektiven Umsteuerung der Anlagestätigkeit sollten Banken ihre Beratertätigkeit darauf abzielen, einen hohen Anteil der Kundschaft für nachhaltige Geldanlagen zu gewinnen und die Produktgestaltung auf dieses Ziel ausrichten.

Wenn Nachhaltigkeitsfonds fortwährend nur einen kleinen Anteil am Anlagevolumen auf den Kapitalmärkten stellen, bleiben die Folgen bestehender Investitionen in ökologisch und sozial problematische Anlagen unterbelichtet. In entwicklungspolitischer Hinsicht ist dabei besonders relevant, dass ethische Kriterien bei Geldanlagen in Entwicklungsländern bisher kaum eine Rolle spielen. Das Volumen der Investitionen in die Emerging Markets ist in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Die Kapitalmärkte bleiben aber weitgehend blind gegenüber den ökologischen und sozialen Folgen der Geschäftstätigkeit in den ärmeren Ländern.¹³ Zudem sind die Geldanlagen für die Entwicklungsländer ein zweifelhafter Segen, da sie auch die Gefahr von Kapitalflucht mit sich bringen, falls die Anleger das Vertrauen in die Rentabilität ihrer Anlagen verlieren. Für Emerging Market Fonds sollte daher eine Berücksichtigung ethischer Kriterien obligatorisch werden. Außerdem sollten solche Fonds auf längerfristige Anlagen abzielen, um die Schwellenländer vor den Folgen plötzlicher Kapitalflucht zu schützen.

¹³ Banken und Entwicklung. Welche Rolle können Banken bei der Minderung von Armut spielen?, Südwind 2006, S. 40.

Nachhaltigkeitsfonds: Was steckt drin?

Verschiedene Indizes geben einen Überblick darüber, in wie weit bestimmte börsennotierte Unternehmen Nachhaltigkeitskriterien genügen. Die Sustainable Investment International Group (SiRi), eine internationale Dachorganisation für private Forschungsinstitute, führt eine Datenbank, in der ca. 600 große internationale Unternehmen bezüglich ihrer Nachhaltigkeitskriterien geprüft werden.

Leider ist es oftmals fraglich, ob die bestehenden Kriterien ausreichen, um dem Anspruch einer ökologischen und sozialen Umsteuerung zu genügen. Unter den 20 Unternehmen, die in Europa am häufigsten Teil von Nachhaltigkeitsfonds sind, finden sich u.a. Vodafone (Platz 1), BP (Platz 5) und Royal Dutch Petroleum/Shell (Platz 20).¹⁴ Diese Firmen haben zwar Bekenntnisse zu Nachhaltigkeitsprinzipien abgelegt und Teile ihrer Geschäftspraxis geändert, nach wie vor werden jedoch Fälle aufgedeckt, in denen gerade jene Unternehmen ihre eigenen Ansprüche unterlaufen haben. Jüngstes Beispiel ist die temporäre Schließung eines BP-Ölfeldes in Alaska aufgrund eines Lecks in einer Pipeline. Die unzureichende Wartung der Pipelines, die schon seit Jahren Korrosionsschäden aufwiesen, wurde bereits 2001 in einem Untersuchungsbericht der Umweltbehörde von Alaska festgestellt. Statt diese Mängel umgehend zu beheben, übte BP Druck auf die Behörde aus, sodass die Studie ohne die kritischen Schlussfolgerungen veröffentlicht wurde. Der Pipeline Bruch in Alaska vom August 2006 ist nur das jüngste Beispiel einer Serie von Zwischenfällen bei BP, zu der u.a. auch die Explosion einer Raffinerie in Texas im März 2005 gehört, bei der 15 Mitarbeiter ums Leben kamen. Da inzwischen über 300 Verstöße gegen Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen festgestellt wurden, prüft das US-Justizministerium derzeit mögliche kriminelle Handlungen im Kontext der Katastrophe.



Pipeline-Leck bei BP in Alaska im August 2006

Quelle: BP

Die häufige Aufnahme der Aktien von BP in Nachhaltigkeitsfonds ist vor diesem Hintergrund nicht gerechtfertigt. Die Kriterien für Nachhaltigkeitsfonds sollten daher einer kritischen Revision unterzogen werden, damit die Glaubwürdigkeit von nachhaltigen Geldanlagen nicht zerstört wird.

(Quellen: Berliner Zeitung, 31. August 2006; Financial Times Deutschland, 21. August 2006)

1.1.4 Mikrokredite und Mikroversicherungen

Speziell geförderte Kredite an die ärmsten Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern waren ursprünglich ein Ansatz entwicklungspolitischer Organisationen. Damit sollte ein Beitrag der Entwicklung »von unten« geleistet werden, indem die Eigeninitiative und finanzielle Unabhängigkeit der Empfänger – insbesondere der Frauen – gefördert werden sollte. Dabei dominierte ein genossenschaftlicher Ansatz, bei dem von den Geldgebern aus ethischen Beweggründen auf hohe Renditen verzichtet wurde. Inzwischen sind einige große Banken, wie z.B. die Deutsche Bank, und Versicherungen, wie z.B. die Allianz, in das Geschäft

mit Mikrokrediten und -versicherungen eingestiegen. Die UN rief 2005 das »Internationale Jahr der Mikrokredite« aus. 2005 sollte die Versorgung von 100 Millionen armen Menschen in Entwicklungsländern gewährleistet werden. Dies wird von den UN als ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung der Millennium Development Goals gesehen.

Die Bilanz der UN-Initiative liegt zwar noch nicht vor, es ist aber davon auszugehen, dass die Verbesserung des Zugangs von Finanzdienstleistungen in vielen Einzelfällen die ökonomische Aktivität armer Menschen in den Entwicklungsländern gefördert hat. Insofern ist es zu begrüßen, wenn das Volumen von Mikrokrediten und -versicherungen steigt. Ob es dadurch zu wesentlichen Fortschritten in der Armutsbekämpfung kommt, hängt allerdings von der strukturellen Entwicklung des gesamten Finanzsektors

Mikrokredite waren ursprünglich ein Ansatz entwicklungspolitischer Organisationen. Heute versprechen sich auch große Banken und Versicherungen einen Gewinn.

¹⁴ Green, social and ethical funds in Europe 2005, SiRi Company 2005, S. 12.



Indische Frauen erhalten Mikrokredite
Quelle: Shehzod Noorani/Weltbank

Es besteht ein schmaler Grat zwischen Geschäftsinteressen und Hilfestellung. Entstehen so neue Abhängigkeiten?

Finanzunternehmen in Entwicklungsländern sollten sowieso dazu verpflichtet sein, allen Bevölkerungsgruppen Zugang zu Finanzdienstleistungen zu gewähren.

eines Landes ab. In Indien nahm der Anteil der Kredite, die in ländlichen Regionen vergeben wurde, binnen des letzten Jahrzehnts von 15,7% (1992) auf 11,8% (2002) ab.¹⁵ Mikrokredite drohen hier lediglich die Lücke zu schließen, die durch den Rückzug der Banken aus ländlichen Regionen entstanden ist. Eine Aufgabe, der sie schwerlich gerecht werden können, sollte sich der Trend zur Konzentration der Banken in den urbanen Zentren fortsetzen.¹⁶

Durch das Engagement großer Finanzdienstleister kann die Zahl der Mikrofinanzierungs-Projekte wachsen, indem eine weitaus höhere Kapitalmenge zur Verfügung steht, als bisher. Allerdings wirft die Kommerzialisierung der Mikrofinanzierung Fragen über die Beschaffenheit des Bankgeschäftes in Entwicklungsländern und dessen Überwachung auf. Genossenschaften wie Oikocredit ermöglichten die Finanzierung von Mikrokrediten, indem die an die Genossenschaftsmitglieder ausgezahlte Dividende auf einem niedrigen Niveau von etwa 2% gehalten wurde. Gedeckt durch das Interesse nach einer sozial verantwortlichen Anlagemöglichkeit seitens der Unterstützer konnten dadurch Klein- und Kleinstkredite vergeben werden. Auch Projekte, die von anderen Finanziers aufgrund von mangelnder Rentabilität abgelehnt worden waren, konnten auf diese Weise finanziert werden. Kommerzielle Finanzinstitute setzen auf Win-win-Situationen, bei denen sowohl die Unterstützung der Armen als auch attraktive Renditechance für die Anleger in Industriestaaten zu erreichen sein sollen. Dabei bewegen sie sich auf einem schmalen Grat zwischen Geschäftsinteressen und entwicklungspolitischer Hilfestellung. Einerseits werden die Kunden von Ab-

hängigkeiten durch informelle Geldgeber befreit, die oft hohe Rückzahlungen für Kredite erwarten. Andererseits können neue Abhängigkeiten entstehen, wenn Mikrofinanzierungsangebote höhere Rendite abwerfen sollen als bisher. Denn schon die bestehenden Kredite sind relativ hoch verzinst und können nur denjenigen Chancen eröffnen, deren Erträge die Rückzahlung der Kredite sicherstellen.¹⁷ Bisher ist das Geschäft mit Mikrofinanzien für die kommerziellen Anbieter ein Nullsummenspiel, wie beispielsweise die Allianz AG einräumt.¹⁸ Sollte es dabei bleiben, wird es wohl kaum zu einer sprunghaften Ausweitung des Angebots kommen. Sollten hingegen die Renditeerwartungen zum dominanten Kriterium in der Gestaltung und der Vermarktung von Mikrofinanzien werden, so droht deren humanitäre Zielsetzung in den Hintergrund zu treten. So lange dieses Dilemma nicht gelöst werden kann, scheinen die Erwartungen an die Leistungsfähigkeit von Mikrofinanzierungen für die Armutsbekämpfung überzogen zu sein.

Angesichts der Sensibilität, die im kommerziellen Geschäft mit Mikrofinanzien gefordert ist, verwundert es, dass es bisher keine belastbaren Ergebnisse darüber gibt, in wie weit durch Mikrofinanzmittel tatsächlich ein Fortschritt in der Armutsbekämpfung erzielt werden. Banken und Versicherungen sollten eine Vorreiterrolle dabei spielen, eine Diskussion über »Best Practice« in der Mikrofinanzierung voranzutreiben und branchenübergreifende Mindeststandards festzulegen, die auf dem Motiv der Armutsbekämpfung basieren. Zudem müssen die Verfahren der Evaluation und der Kontrolle der bestehenden Praxis entwickelt werden.

Da Mikrofinanzierungen bisher nur einen sehr geringen Anteil an der Geschäftstätigkeit der Finanzdienstleister in den Entwicklungsländern darstellen, sollten sich im Ausland tätige Banken und Versicherungen dazu verpflichten, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Investitionen in Entwicklungsländern für Mikrofinanzierungen zu Verfügung zu stellen. Da solche Produkte nur um den Preis des Verlustes ihres sozialen Gehaltes zur besonders rentablen Anlagemöglichkeit für Investoren aus den Industriestaaten ge-

¹⁵ Singh, Kavaljit, Banking Sector Liberalization in India: Some Disturbing Trends, URL: http://www.evb.ch/cm_data/Text_Kavaljit.pdf#search=%22Asia-Europe%20Dialogue%20Kavaljit%22

¹⁶ Singh, Kavaljit, The Consolidation of the Global Banking Industry, in: Globalisation of Financial Services. Political Struggles, Experiences and Alternatives, WEED 2006. S. 42-49.

¹⁷ Zinssätze für Mikrokredite von drei Prozent pro Monat, das heißt über 40 Prozent p.a., und darüber sind keine Seltenheit. Mikrokredite werden daher auch kaum von den bedürftigsten Menschen wahrgenommen. Terberger, Eva, Mikrofinanzierung: Allheilmittel gegen Armut? In: Forschungsmagazin Rupert Carola, 3 (2002).

¹⁸ zitiert in: Frankfurter Rundschau, 17. Juni 2005.

macht werden können, sollten Banken und Versicherungen sie eher als obligatorischen Teil ihres Engagements in Ent-

wicklungsländern sehen denn als rendite-trächtiges Anlagefeld per se.

1.2 Problemfelder der bestehenden CSR-Initiativen

Der Überblick über die wichtigsten CSR-Initiativen in der Finanzdienstleistungsbranche zeigt Chancen auf, die aus der breiten Diskussion über Unternehmensverantwortung entstehen. Sowohl in der Beschaffenheit der Nachhaltigkeitsinitiativen als auch in deren praktischer Umsetzung bestehen jedoch gravierende Defizite. Wenn den Worten der Finanzindustrie auch Taten folgen sollen, müssen Lösungen in den folgenden Problemfeldern entwickelt werden:

1.2.1 Mangelnde Verbindlichkeit der freiwilligen Praxis

Das Spektrum der CSR-Initiativen im Finanzdienstleistungsbereich ist breit, es reicht von Absichtserklärungen einzelner Unternehmen über die Formulierung allgemeiner Basiswerte, wie jenen der UNEP FI, bis hin zu sehr spezifischen Kodizes, wie den Equator Principles, die genaue Anforderungen an einen bestimmten Sektor des Bankengeschäfts stellen. Im Projektfinanzierungsgeschäft der Banken gibt es eine breite Diskussion über die Zielvorstellung einer nachhaltigen Geschäftspraxis, in anderen Bereichen der Branche, wie z.B. im Versicherungssektor, gibt es gar keine spezifischen Bestimmungen, außer den allgemeinen Richtlinien der UNEP FI.

In allen diesen Bereichen ist die mangelnde Verbindlichkeit der Standards ein Problem, das die Erfolge konterkariert. Im Bereich der Mikrofinanzierungen und der nachhaltigen Geldanlagen stecken CSR-Initiativen noch in den Kinderschuhen. Zwar setzen einzelne lobenswerte Vorstöße von Banken und Versicherungen Beispiele für einen möglichen Beitrag der Branche zur Armutsbekämpfung und zu einer größeren Bedeutung von Nachhaltigkeitskriterien für die Unternehmensfinanzierung. Derzeit sind allerdings keine Ansätze dafür zu erkennen, dass die Initiativen der Vorreiter zu allgemeinverbindlichen Standards für den gesamten Bankensektor gemacht werden. Die bestehenden Initiativen drohen ein Strohfeuer zu bleiben, wenn sie nicht zu obligatorischen Maßnahmen der im jeweiligen Bereich aktiven Unternehmen gemacht werden können. Damit einhergehend muss eine Diskussion über die

Qualität der mannigfaltigen Angebote in Gang gebracht werden. Die Kriterien für Nachhaltigkeitsfonds sind umstritten und unterliegen der Kontrolle der jeweiligen Fondsmanager. Im Bereich der Mikrofinanzierung fehlen Standards, an denen für die Anleger ersichtlich wird, ob tatsächlich dem Motiv der Armutsbekämpfung Vorrang vor dem Ziel einer möglichst hohen Rendite gegeben wird.

Dort, wo durch Verhaltenskodizes bereits bestimmte Standards für einen Großteil der Branche etabliert wurden, muss daran gearbeitet werden, deren Verbindlichkeit zu erhöhen. Die zahlreichen Fälle, in denen Equator-Banken Projekte mit ökologisch und sozial schädlichen Folgen finanzieren, beschädigen die Glaubwürdigkeit der Prinzipien. Trotz der detaillierten Festlegung der Anforderungen an die Banken im Projektfinanzierungsgeschäft kommt das NGO-Netzwerk Banktrack in einer Studie über die Trends in der Branche zu dem Schluss, dass die gegenwärtige Politik noch in einem Anfangsstadium stecke und es deshalb noch nicht abschließend zu beurteilen sei, ob die Branche sich schon die Schwelle zu einer nachhaltigen Praxis überschritten hat oder ob nach wie vor Doppelmoral und Imagebeschönigungen vorrangig seien.¹⁹ Um dem Problem der »Trittbrettfahrer« zu begegnen, wird u.a. vorgeschlagen, dass den Equator-Banken ein strenger und begrenzter Zeitplan auferlegt wird, um den Anforderungen der Equator Principles gerecht zu werden. Darüber hinaus muss das dauerhafte Verfehlen der Prinzipien die Konsequenz haben, dass der betroffenen Bank die Zugehörigkeit zum Kreis der Equator-Banken entzogen werden sollte.²⁰ Da sich einzelne Banken nach wie vor weigern, die Equator Principles zu unterschreiben, ohne dass deren Marktanteil durch die Unterlassung zurückgeht, reicht das Reputationsrisiko offenbar nicht aus, um die bestehenden Standards als absolute Untergrenze im Projektfinanzierungsgeschäft zu etablieren. Gerade am Beispiel der der am weitest gehenden Initiative zur freiwilligen

Es gibt derzeit keine branchenweiten Standards für Nachhaltigkeitsfonds und Mikrokredite.

Auch die Equator Principles beinhalten keine wirksame Kontrolle. Durch gesetzliche Maßnahmen könnte ihre Verbindlichkeit erhöht werden.

¹⁹ Shaping the Future of Sustainable Finance. Moving from Paper Promises to Substance, WWF und Banktrack 2006. S. 80.

²⁰ Equator Principles II. NGO comments on the proposed revision of the Equator Principles, Banktrack 2006. S. 12.

Die einzige Instanz zur Beurteilung der Unternehmen bleiben die Unternehmen selbst. Selbst für Experten ist die Überprüfung schwierig.

Zivilgesellschaftliche Akteure verfügen über zu geringe Ressourcen, um ein effektives Monitoring zu gewährleisten.

gen Selbstverpflichtung der Finanzwirtschaft wird daher deutlich, dass gesetzliche Regelungen eine notwendige Ergänzung sind, wenn die nachhaltige Umgestaltung des Bankensektors Erfolg haben soll. Gesetzliche Maßnahmen sind der effektivste Weg, die bisher fehlende Allgemeinverbindlichkeit und Rechenschaftspflicht der Equator Principles herzustellen, die eine effektive Umorientierung des gesamten Projektfinanzierungsgeschäftes nach wie vor behindert.

1.2.2 Grenzen des zivilgesellschaftlichen Monitorings

Die bestehenden CSR-Initiativen sehen kein Monitoring von unabhängiger Stelle vor. Die UNEP FI verlangt einen jährlichen Bericht der Mitglieder, der aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Die Equator Principles fordern zwar öffentliche Berichte der Unternehmen, die Kontrolle über die Implementierung der Nachhaltigkeitsprinzipien in der Geschäftspraxis unterliegt aber ausschließlich den Unternehmen. Eine Untersuchung von zivilgesellschaftlicher Seite betont die Intransparenz des Nachhaltigkeitsmanagements der Banken: »Even those banks that have announced quite detailed policies are keeping the details of implementation to themselves. We know [...] that some banks have begun to implement serious environmental and social risk management systems, but there is no way to evaluate these systems from the outside. As we have moved from a ›tell me‹ to a ›show me‹ and ›prove it‹ world, this is not good enough for the banks to carry the mantle of sustainability.«²¹ Banktrack fordert daher, dass Objekte im Bereich der Projektfinanzierung von unabhängiger Stelle auf die Übereinstimmung mit den Equator Principles überprüft werden. Zudem sollte die Prüfung unbedingt vor Baubeginn der Projekte durchgeführt werden, da die Kreditnehmer sonst Fakten schaffen, bevor die Auswirkungen auf Mensch und Natur hinreichend untersucht werden können.²²

Solange es kein obligatorisches Monitoring gibt, bleibt es schwierig, Banken aufgrund von Verstößen gegen soziale und ökologische Prinzipien zur Rechenschaft zu ziehen. Bevölkerungsgruppen, die durch den Bau von Großprojek-

ten beeinträchtigt werden, verfügen über weit weniger Ressourcen, die Legitimität ihrer Interessen und negative Konsequenzen auf ihren Lebensraum effektiv nachzuweisen. In diesen Fällen müssen meist zivilgesellschaftliche Akteure die Rolle eines »Anwalts« ihrer Interessen einnehmen – doch auch dies findet auf Basis dünner Ressourcen statt. Die Rechenschaftspflicht der Unternehmen sollte daher durch einen effektiveren Beschwerde-mechanismus erweitert werden.

Da die Unternehmen der Finanzbranche durch das wachsende öffentliche Bewusstsein für ökologische und soziale Probleme sehr darauf bedacht sind, die Nachhaltigkeit ihrer Geschäftstätigkeit zur Schau zu stellen. Oftmals ist fraglich, ob tatsächlich substantielle Veränderungen in der Praxis erfolgen oder ob Unternehmen lediglich die Chance wahrnehmen, Einzelinitiativen öffentlichkeitswirksam zu vermarkten (siehe Kasten). Das strukturelle Ungleichgewicht zwischen den PR-Abteilungen der Finanzdienstleister und den Akteuren der Zivilgesellschaft schränkt die Rechenschaftspflicht der Unternehmen in bedenklicher Weise ein. Es bleibt Aufgabe von NROs und kritischen JournalistInnen, die Folgen der Geschäftstätigkeit von Banken und Versicherungen durch mühsame Recherche zu untersuchen. Die Mittel hierfür sind meist unzureichend.

Da NROs zunehmend die Rolle der kritischen Beobachtung der zahlreichen CSR-Initiativen zufällt, kann dies aufgrund der begrenzten Ressourcen zu einer thematischen Verengung ihrer Tätigkeit führen. Im Interesse der Seriosität der Nachhaltigkeitsinitiativen sollte das Monitoring von ausreichend finanzierten, professionell operierenden öffentlichen Organisationen gewährleistet werden.

1.2.3 Fehlende Universalität der Standards

Das Umsteuern hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise erfordert, dass alle Geschäftsbereiche eines Unternehmens so geführt werden, dass sie auf lange Sicht mit den Interessen von Mensch und Natur im Einklang stehen. Die bestehenden CSR-Initiativen geben jedoch selten Aufschluss darüber, in wie weit der Anspruch einer umfassenden Umorientierung tatsächlich eingelöst wird. Meist fokussieren sie auf einen speziellen Bereich der Geschäftstätigkeit, nicht auf die gesamte Praxis und deren direkte und indirekte Folgen.

²¹ Shaping the Future of Sustainable Finance. Moving from Paper Promises to Substance, WWF und Banktrack 2006. S. 79.

²² Equator Principles II. NGO comments on the proposed revision of the Equator Principles, Banktrack 2006. S. 9.

Mikroversicherungen der Allianz: Motiv Armutsbekämpfung?

Mitunter werden gewöhnliche Geschäftsinteressen mit einem ethischen Image versehen. Zweifelhaft ist beispielsweise, wodurch das Engagements der Allianz in Indien motiviert ist. In einem Programm in Zusammenarbeit mit der GTZ und dem UNDP bietet der Konzern in der Region Tamil Nadu Mikro-Lebensversicherungen mit Beiträgen von 83 Eurocent im Jahr an. Nach Aussagen eines Konzernsprechers ist das Geschäft für die Allianz bisher nicht profitabel und auch für die Zukunft wird kaum erwartet, dass riesige Umsätze mit Mikroversicherungen zu machen sind. Der Grund für das Engagement dürfte stattdessen in der Beschaffenheit des indischen Marktes zu suchen sein: Das Gesetz verlangt, dass ausländische Versicherungen 15 Prozent ihres Geschäfts in ländlichen Regionen verrichten. In diesem Fall geht es der Allianz wohl eher um eine inoffizielle Eintrittskarte in den profitträchtigen indischen Privatversicherungsmarkt. Öffentlichkeitswirksam wird dabei jedoch verschwiegen, dass staatliche Auflagen ausschlaggebend für das Mikroversicherungsprogramm sind, nicht das freiwillige Engagement der Bank.

(Quelle: taz vom 14. September 2005; E+Z – Zeitung für Entwicklung und Zusammenarbeit, Februar 2006)

Ein in entwicklungspolitischer Hinsicht gravierendes Problem ist der mangelnde Fokus auf Armutsbekämpfung. Eine Analyse über die vielfältigen CSR-Initiativen in verschiedenen Branchen stellt fest: »As at present constituted, CSR initiatives do not include poverty reduction as a major objective, focusing rather on environmental issues and labour and human rights.«²³ Im Fall der UNEP FI und der Equator Principles wird Nachhaltigkeit mehr oder weniger als ein Synonym für »Umweltverträglichkeit« angesehen. Die Auswirkungen, die das Agieren der Finanzdienstleister und die Strukturveränderungen in der Finanzbranche auf die Verteilungsgerechtigkeit haben können, bleiben daher unterbelichtet. Sie sind gegenwärtig kaum Gegenstand der Bemühungen der Unternehmen und sind für die Öffentlichkeit oftmals schwerer nachzuvollziehen als umweltschädliche Handlungen.

Hinzu kommt, dass sich die Nachhaltigkeitsinitiativen im Finanzsektor auf einzelne Geschäftsfelder beschränken. Es gibt derzeit kein Verfahren dafür, zu beurteilen, in wie weit ein Unternehmen der Finanzbranche umfassend den Prinzipien der Nachhaltigkeit genügt. Die UNEP FI beinhaltet zwar den Anspruch einer universellen Umorientierung der Unternehmenspraxis; da die Unternehmen jedoch nicht zur Rechenschaftspflicht gezogen werden, beschränken sich die Stellungnahmen jedoch auf die Darstellung von Einzelinitiativen, welche bestimmte positive Beispiele betonen sollen, um

die Sinnhaftigkeit der Initiative zu untermauern.²⁴ Für andere Initiativen, wie die Equator Principles, ist es unerheblich, ob Unternehmen, die sich zu den Prinzipien bekennen, in anderen Geschäftsfeldern eine Praxis verfolgen, die den Anspruch zur Nachhaltigkeit unterminiert. Eine NRO-Studie, die bewusst die gesamte Geschäftstätigkeit der Banken in Betracht steht, kommt zu dem Schluss, dass die Branche bezüglich der Durchsetzung von Nachhaltigkeitskriterien in allen Transaktionen noch am Anfang steht. Die Autoren fordern daher, dass die Bewertung der Praxis einer Bank unabhängig von der Transaktionsform, allein in Bezugnahme auf die Auswirkungen der Geschäftstätigkeit, vorgenommen wird. Um die Lücken der bestehenden CSR-Praxis zu schließen, sollten in allen Sektoren ähnlich detaillierte Mindeststandards festgelegt werden wie im Projektfinanzierungsgeschäft.²⁵

Sollte dem nicht so sein, wird ein unvollständiges und verzerrtes Bild über den Status Quo der Finanzwirtschaft gezeichnet. Beispielsweise umfasst das Projektfinanzierungsgeschäft, in dem es die detailliertesten Anforderungen für die Geschäftspraxis gibt, bei den meisten Banken nur etwa 10% des Kreditvergabegeschäftes.²⁶ Es ist also nicht das umfangreichste oder bedeutendste, sondern lediglich eines der exponiertesten Felder, in dem unmittelbare Folgen des Han-

Nachhaltigkeitsinitiativen beschränken sich auf einzelne Geschäftsbereiche. Andere Transaktionen desselben Unternehmens bleiben außen vor.

Alle direkten und indirekten Folgen der Unternehmenspraxis müssen Nachhaltigkeitskriterien genügen.

²³ Jenkins, Rhys, Globalization, Corporate Social Responsibility and poverty, in: International Affairs 81, 3 (2005), 525-540. S. 539f.

²⁴ Vgl. Show Me The Money. Linking Environment, Social and Governance Issues to Company Value, UNEP FI 2006.

²⁵ Equator Principles II. NGO comments on the proposed revision of the Equator Principles, Banktrack 2006. S. 12f.

18

Auch Praktiken, deren negative Auswirkungen indirekt, langfristig und wenig transparent sind, müssen unterbunden werden.

delns der Banken vergleichsweise leicht ersichtlich sind. Den restlichen 90% der Transaktionen im Kreditvergabegeschäft wird stattdessen kaum Aufmerksamkeit gezollt. Das Nachhaltigkeitsmanagement der Banken – und deren öffentlichkeitswirksame Vermarktung desselben – bezieht sich überproportional auf einen Geschäftsbereich, der eine eher untergeordnete Bedeutung hat.

Sowohl die Finanzdienstleister als auch die Akteure der Zivilgesellschaft müssen sich daher bewusst sein, dass die sozial- und umweltverträgliche Umsteuerung der Branche weit mehr umfasst, als Initiativen in einzelnen Geschäftsfeldern. Die Unternehmen sollten verantwortungsbewusst die direkten und indirekten Folgen ihrer Tätigkeit untersuchen, um die gesamte Unternehmenspraxis einer kritischen Revision zu unterziehen. Bisher unterbelichteten Aspekten der Geschäftstätigkeit sollte mehr Aufmerksamkeit gezollt werden, um eine Diskussion um »Best Practice« und branchenweite Mindeststandards in Gang zu bringen. Dazu gehören z.B. die möglichen Auswirkungen von spekulativen Fonds auf

die weltwirtschaftliche Stabilität, Die Mitverantwortung der gängigen Praxis des Kapitaltransfers in Steueroasen oder die Auswirkungen der zunehmenden Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme. Eine nachhaltige Umorientierung des Finanzsektors kann nur dann erfolgreich sein, wenn auch Praktiken, deren negative Auswirkungen indirekt, langfristig und oft wenig transparent sind, unterbunden werden. Die Folgen der Konsolidierung und der Internationalisierung im Finanzsektor sind hierbei besonders hervorzuheben. Eine konsequente Nachhaltigkeitsorientierung in der Finanzwirtschaft setzt voraus, dass besonderes Augenmerk auf die sozialen und ökologischen Folgen der gegenwärtigen Strukturveränderungen im Finanzsektor gelegt wird und die Nachhaltigkeitsorientierung der Finanzdienstleister stärker darauf ausgerichtet wird, diesen bedeutenden Umbruch sozial und ökologisch zu gestalten.

2 Die Konsolidierung im Finanzdienstleistersektor – Herausforderung für die Unternehmensverantwortung

Von Auslandsbanken gehaltener Anteil an Bankaktiva¹

	1990	2004 ^{II}	In Prozent des BIP	In Mrd. USD
Mittel und Osteuropa				
Bulgarien	0	80	49	13
Estland	...	97	89	11
Polen	3	68	43	105
Tschechische Republik	10	96	92	99
Asien				
China	0	2	4	71
Hongkong	89	72	344	570
Indien	5	8	6	36
Malaysia	...	18	27	32
Lateinamerika				
Argentinien	10	48	20	31
Brasilien	6	27	18	107
Mexiko	2	82	51	342
Venezuela	1	34	9	9

¹ In Prozent der gesamten Bankaktiva. ² Bzw. das zuletzt verfügbare Jahr. Quelle: BIS

Die Bestandsaufnahme der Nachhaltigkeitsinitiativen von Finanzdienstleistern muss berücksichtigen, dass sich der Finanzsektor im Zuge der Globalisierung der Weltwirtschaft in einem rapiden Umstrukturierungsprozess befindet. Er zeichnet sich durch eine Verschärfung der weltweiten Konkurrenz und einen Prozess der Konsolidierung aus, in dessen Folge es zu zahlreichen Unternehmensfusionen und zu einer Internationalisierung des Bankengeschäfts kommt.²⁷

Von besonderer Bedeutung für die transnationalen Finanzkonzerne in den Industrieländern ist hierbei die Expansion in Entwicklungsländer. Triebfeder dafür ist die scharfe Konkurrenz auf den traditionellen Märkten des Nordens, in denen die Wachstumsmöglichkeiten begrenzt sind. Somit nimmt der Druck zu, neue Wachstumsfelder zu erschließen. Die Märkte der Schwellenländer bieten hierbei neue Möglichkeiten für die Finanzwirtschaft.²⁸ Die Europäische Kom-

²⁷ Vander Stichele, Myriam, Critical issues in the financial industry, SOMO 2004.S. 51ff.

²⁸ Domanski, Dietrich, Foreign banks in emerging market economies: changing players, changing issues, in: BIS Quarterly Review 4 (2005), S. 69-81. S. 73

mission merkt zu den EU-Anfragen im Rahmen des GATS-Abkommens an: »For EU financial services companies, the fast-growing emerging economies will become a major source of activity that will help to offset slower growth in the more mature financial services markets.«²⁹

Der Trend zur Liberalisierung der Finanzmärkte trägt dem Interesse der Finanzwirtschaft nach Zugang zu den Auslandsmärkten Rechnung. Im Rahmen des General Agreement on Trades and Services (GATS) wird der Liberalisierung des Handels mit Finanzdienstleistungen vorangetrieben. Die EU-Staaten stellen im Rahmen des GATS Anfragen an die Entwicklungsländer, die eine weit gehende Liberalisierung des Finanzsektors zur Folge hätten. Mit Verweis auf die Interessen der Finanzindustrie wird darin verlangt, dass bestehende staatliche Regulierungen weit gehend fallen gelassen werden sollten, um Investitionen ausländischer Banken und Versicherungen im Finanzsektor zuzulassen.³⁰

²⁹ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/february/tradoc_127630.pdf

³⁰ Krüger, Lydia und Reiners, Suleika, Expansion ohne Grenzen, WEED 2005. S. 43f.

Die Schwellenländer gehören für die EU Finanzdienstleister zu den attraktivsten Märkten. Die Marktöffnung im Zuge des GATS Abkommens trägt diesem Interesse Rechnung.

Finanzkonzerne aus den Industrieländern übernehmen einen großen Anteil an den Märkten in ärmeren Ländern – aus entwicklungspolitischer Perspektive ist dies problematisch.

Aus entwicklungspolitischer Perspektive sind die Auswirkungen der Liberalisierung im Finanzdienstleistungssektor äußerst kritisch zu beurteilen – zumal hierbei mehr oder weniger offen eingeräumt wird, dass Profitmaximierung und die Imperative des globalen Konkurrenzkampfes handlungsmotivierend sind und nicht die Verpflichtung zu nachhaltiger Entwicklung. In Osteuropa und Lateinamerika sind die Beschränkungen für das Engagement ausländischer Banken in den letzten Jahren schon soweit gefallen, dass ein großer Teil des Finanzdienstleistungssektors von ausländischen Unternehmen kontrolliert wird. In der tschechischen Republik hat sich der Anteil des Bankvermögens, das sich im Besitz ausländischer Banken befindet, zwischen 1990 und 2004 von 10% auf 96% erhöht; in

Mexiko stieg er im selben Zeitraum von 2% auf 80%.³¹ Befürworter dieser Entwicklung betonen die positiven Wirkungen, die ein solcher Ausverkauf des lokalen Bankensektors nach sich ziehen würde. Der Markteintritt ausländischer Unternehmen zwingt die lokalen Banken und Versicherungen zu Effizienz und mache den Bankensektor leistungsfähiger. Zudem komme es zu einem Transfer von Know-how, zu einem »trickle-down« Effekt, von dem die gesamte Volkswirtschaft profitieren könnte. Kritische Studien, die sich auf erste Erfahrungen im Bankensektor in Schwellenländern stützen, zeichnen jedoch ein gegensätzliches Bild. Die marktgesteuerte globale Expansion im Finanzdienstleistungsbereich steht Entwicklungsimperativen demnach diametral entgegen.

2.1 Marktsegmentierung: Fokussierung auf die profitabelsten Geschäftsfelder

Nicht alle Bereiche des Bankgeschäftes zeichnen sich durch gleich hohe Renditechancen aus. Chinesischen Statistiken zu Folge macht z.B. das Geschäft mit den reichsten 20% der Bevölkerung über 80% der Profite im Bankengeschäft Chinas aus.³² Daher ist zu befürchten, dass es zu einer Art Rosinenpicken seitens der ausländischen Banken kommt. Die Geschäftstätigkeit wird vor allem auf die profitträchtigsten Sektoren konzentriert, d.h. auf das Geschäft mit vermögenden Kunden und großen Konzernen. Filialen ausländischer Konzerne werden überproportional in Großstädten eröffnet. Das öffentliche Interesse der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten Finanzdienstleistungen bestimmt nicht die Zielsetzungen der Global Player im Finanzsektor. Die Niederlassung der Deutschen Bank in Indien richtet beispielsweise ihr Geschäft voll auf die wohlhabende Kundschaft aus. In einer Presseerklärung heisst es: »[...] we have keenly followed the developments in India—one of the most exciting growth markets in the world. The number of affluent Indian consumers is increasing, the market for consumer goods is expanding and private customers' demand for excellent advisory services and high quality banking products continues to rise. This is an exciting market that Deutsche

Bank seeks to serve [...].«³³ Bei der Eröffnung des Privatkundengeschäftes der Bank wurde erklärt, dass die Zielgruppe Personen mit einem Jahreseinkommen von umgerechnet 500.000 Rupien – umgerechnet etwa 8.300 Euro – seien.³⁴ Nur 0,9% der Haushalte verdienten 1997 diese Summe.³⁵ Während es zu einer zunehmenden Konzentration auf die wohlhabende Kundschaft kommt, verschlechtert sich die Versorgung der Armen in Folge der schärferen Konkurrenz und des Markteintritts ausländischer Konzerne kontinuierlich. 1992 betrug der Anteil der Kreditnehmer in ländlichen Regionen noch 15,7%, 2002 waren es nur noch 11,8%.³⁶

Besonders bedenklich für die Entwicklungspotentiale der Ökonomien in den ärmeren Ländern ist die unzureichende Versorgung von klein- und mittelständischen Betrieben mit Krediten; schließlich stellen diese das Rückgrat der Volkswirt-

Die Geschäftstätigkeit der ausländischen Banken wird vor allem auf das Geschäft mit vermögenden Kunden und größeren Unternehmen ausgerichtet ...

³¹ Domanski, Dietrich, Foreign banks in emerging market economies: changing players, changing issues, in: BIS Quarterly Review 4 (2005), S. 69-81. S. 72.

³² Zitiert in: Vander Stichele, Myriam, Critical issues in the financial industry, SOMO 2004. S. 177.

³³ http://www.deutsche-bank.delir/index.html?contentOverload=http://www.deutsche-bank.delir/releases_2693.shtml&loadFlash=ir/1613.html

³⁴ Zitiert in: <http://www.thehindubusinessline.com/2005/10/19/stories/2005101903220100.htm>: »Ajay Bimbhet, Managing Director in-charge of retail banking, Deutsche Bank India, said, »We will enter all retail products except auto loans. Services like doorstep delivery will be available to certain categories of customers.« The bank is looking to cater to anyone with income of above Rs 5 lakh per annum, he said.«

³⁵ Tata Services Limited. Department of Economics and Statistics India, Statistical outline of India 1996-97. p. 202.

³⁶ Kavaljit Singh, Liberalization, Some disturbing trends http://www.evb.cb/cm_data/Text_Kavaljit.pdf#search=%22Asia-Europe%20Dialogue%20Kavaljit%22

schaft dar. Eine Studie der Bank for International Settlement, die der Marktöffnung insgesamt eher positiv gegenüber steht, bestätigt die Warnungen der Kritiker der Liberalisierung: »small and medium-sized enterprises (SMEs) often have difficulties in obtaining credit from foreign banks, which are more dependent on standardised credit evaluation.«³⁷

Die Konzentration auf reiche Privatkunden und große Unternehmen entspricht dem Interesse der Finanzindustrie, im Zuge der weltweit schärfer umkämpften Märkte die profitabelsten Marktsegmente der Entwicklungsländer zu erobern. Das Interesse nach öffentlicher Versorgung steht hier im Widerspruch zum Interesse der Profitmaximierung. Die Folge kann eine Segmentierung des Marktes sein, wie sie heute schon in einigen Ländern zu beobachten ist. Leistungsstarke, d.h. in diesem Fall ausländische Finanzkonzerne bedienen die reiche Kundschaft, während inländische Un-

ternehmen auf die weniger profitträchtigen Märkte verdrängt werden und weiter zurückfallen. Leidtragende sind die Konsumenten, denn die Verschärfung der Konkurrenz in Folge der Marktöffnung erhöht den Druck auf Banken und Versicherungen, die Tätigkeit in weniger profitablen Geschäftsfeldern einzustellen. Eine Unterversorgung von Bewohnern ländlicher Regionen und ärmerer Stadtteile ist die Folge; eine Tendenz, die sogar in den leistungsstarken Finanzsektoren mancher Industriestaaten zu beobachten ist.³⁸

Die Marktsegmentierung im Versicherungswesen kann besonders dazu beitragen, die soziale Ungleichheit zu verschärfen. Wenn spezielle Privatversicherungsangebote ausländischer Dienstleister die reiche Kundschaft an sich binden, fehlt das ökonomische Potential, leistungsstarke Systeme für die flächendeckende soziale Sicherung aufzubauen.³⁹

... eine Unterversorgung ländlicher Regionen und ärmerer Stadtteile ist die Folge.

2.2 Kapitaltransfer in die Industriestaaten

Ausländische Finanzdienstleister sind in der Lage, die in den Entwicklungsländern erwirtschafteten Profite in ihre Heimatländer zurückzuführen. Gewinne können so im Ausland versteuert werden, während ausländische Aktienbesitzer die Dividende einstreichen. Somit können den Ökonomien der Entwicklungsländer die Erträge des hoch profitablen Finanzsektors verloren gehen.⁴⁰

Zudem ist zu beobachten, dass vermögende Kunden ausländischer Banken verstärkt die neuen Geldanlagemöglichkeiten nutzen, die durch die Präsenz der globalen Finanzunternehmen verfügbar

gemacht werden. Somit ist zu erwarten, dass eine größere Summe des Vermögens auf den internationalen Kapitalmärkten angelegt wird, statt in produktive Bereiche der Ökonomien der Entwicklungsländer.

Beide Tendenzen tragen zu einem stärkeren Kapitaltransfer vom Süden in den Norden bei, der die Entwicklungsperspektiven der ärmeren Länder verschlechtert. Profite werden in die Heimatländer der Finanzdienstleister transferiert. Der Kapitaltransfer von Süd nach Nord wird insgesamt zunehmen.

2.3 Erhöhtes Risiko von Finanzkrisen

Die Finanzkrisen in Südostasien 1997/98 und Lateinamerika 2001 führten in drastischer Weise vor Augen, dass die Krisenanfälligkeit der Finanzsysteme eine substantielle Bedrohung für die Entwicklungspolitik ist. Verfechter der Liberalisierung verweisen darauf, dass der Markteintritt ausländischer Konzerne das Finanzsystem insgesamt leistungsfähiger und daher auch stabiler macht.

Ohne die Leistungsfähigkeit transnationaler Finanzkonzerne in Frage zu stellen, sind aus mehreren Gründen Zweifel an dieser Position anzumelden.

Erstens hat die Verschärfung der Konkurrenz in Folge der Liberalisierung eine doppelte Wirkung. Einerseits zwingt sie einheimische Finanzdienstleister zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit; andererseits müssen sie ihre Marktanteile gegen die oft übermächtigen Konkurrenten verteidigen. Dies kann sie in risikoreichere Investitionen treiben, die die Stabilität des gesamten Finanzsystems untergraben. Auch im Hinblick auf die bestehenden Nachhaltigkeitsinitiativen im Finanzsektor ist die Dynamik, die durch den hohen Konkurrenzdruck für Banken in den Entwicklungsländern entsteht, be-

Schärferer Konkurrenzkampf verleitet zu riskanteren Transaktionen und erhöht dadurch das Risiko von Finanzkrisen.

³⁷ Domanski, Dietrich, Foreign banks in emerging market economies: changing players, changing issues, in: BIS Quarterly Review 4 (2005), S. 69-81. S. 77.

³⁸ Krüger, Lydia und Reiners, Suleika, Expansion ohne Grenzen, WEED 2005. S. 48.

³⁹ Vgl. Krüger, Lydia und Reiners, Suleika, Expansion ohne Grenzen, WEED 2005. S. 52f.

⁴⁰ Vander Stichele, Myriam, Critical issues in the financial industry, SOMO 2004. S.173.

Der Staat und die Finanzaufsicht verlieren im Zuge der Liberalisierung an Handlungskompetenz.

Die Auswirkungen der Liberalisierung müssen genauso Gegenstand der Nachhaltigkeitsinitiativen sein, wie z.B. das Projektfinanzierungsgeschäft.

denklich. Wenn schwächere Banken sich gegen stärkere Konkurrenten behaupten müssen, entsteht die Gefahr, dass sie ökologisch oder sozial schädliche Investitionen tätigen, um sich in bestimmten Geschäftsfeldern etablieren. Im Bereich der Projektfinanzierung kommt es beispielsweise zur verstärkten Aktivität von Banken aus China, Indien und Malaysia, welche die Equator Principles nicht berücksichtigen und daher dazu beitragen, dass schädliche Projekte weiterhin finanziert werden können.⁴¹

Zweitens sind die Investitionen in Entwicklungsländer für die Finanzindustrie mit beträchtlichen Gewinnerwartungen verbunden. Sollten sich diese Erwartungen nicht bewahrheiten, kann Kapitalflucht die Folge sein. In den ostasiatischen Schwellenländern kehrten sich die Kapitalströme schlagartig um, als es 1997/98 zu Finanzkrisen kam. 1996 waren insgesamt noch 93 Mrd. US\$ an privaten Kapitalzuflüssen nach Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Südkorea zu verzeichnen gewesen. 1997 flossen insgesamt 12,1 Mrd. US\$ ab. Das Volumen der Differenz (105 Mrd. US\$) entsprach dabei 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der fünf Länder. Die Umkehr der Kapitalflüsse ging primär auf den plötzlichen Kreditstopp der internationalen Banken zurück.⁴² Damit trugen die transnational agierenden Banken eine wesentliche Mitverantwortung am Verfall der Währungen und dem Anstieg der Auslandsverschuldung in diesen Ländern.

Drittens hält die Entwicklung der Finanzaufsicht in Entwicklungsländern nicht mit den rasanten Transformationen des Finanzsektors in Entwicklungsländern schritt. Die Kapazitäten sind mit den Behörden in Industriestaaten ohnehin gering. Insbesondere die Einführung neuer spekulativer Produkte, wie z.B. von

Derivaten, stellt die Kontrollorgane des Finanzsektors vor nicht zu bewältigende Probleme, die eine effektive Krisenprävention verhindern. In Hinblick auf die Gefahr, die durch die unkontrollierte Marktöffnung für ausländische Konzerne für die Stabilität der Finanzsysteme in den Entwicklungsländern entsteht, wäre es daher ein minimaler Anspruch, dass die Liberalisierung schrittweise, im Einklang mit dem Aufbau der Regulationsmechanismen, vollzogen wird. Genau das wird aber durch die erzwungene und irreversible Marktöffnung im Zuge des GATS unmöglich gemacht.⁴³

Viertens nimmt die finanzpolitische Autorität des Staates in dem Maße ab, in dem ausländische transnationale Finanzkonzerne den Markt dominieren. Somit bleibt im Krisenfall wenig Raum für ausgleichende Steuerungsmaßnahmen durch Zentralbanken und Regierungen. Abgesehen davon, dass dies die Möglichkeit mindert, Finanzkrisen einzudämmen, schränkt die Expansion ausländischer Banken auch den Spielraum für eine autonome Wirtschaftspolitik ein, die entwicklungspolitischen Zielsetzungen folgt.⁴⁴

Die Stellungnahmen der Finanzdienstleister, die allgemein einen positiven Effekt der Liberalisierung für die Menschen in den Entwicklungsländern betonen, verschweigen, dass dieser Prozess mit erheblichen Risiken verbunden ist. Diese müssen im selben Maß zum Gegenstand der Diskussionen um Unternehmensverantwortung gemacht werden, wie die möglichen ökologischen und sozialen Beeinträchtigungen durch das Projektfinanzierungsgeschäft, welche derzeit den größten Stellenwert in den Nachhaltigkeitsstrategien der Finanzdienstleister einnehmen.

⁴¹ Shaping the Future of Sustainable Finance. Moving from Paper Promises to Substance, WWF und Banktrack 2006. S. 80.

⁴² Wade, Robert, From ›miracle‹ to ›cronyism‹ explaining the Great Asian Slump, in: Cambridge Journal of Economics, Bd. 22 (1998), S. 693-706. S. 695.

⁴³ Vander Stichele, Myriam, Critical issues in the financial industry, SOMO 2004. S. 147f.

⁴⁴ Krüger, Lydia und Reiners, Suleika, Expansion ohne Grenzen, WEED 2005. S. 50.

3 Schlussfolgerungen

Die Auswirkungen, die in Folge der Liberalisierung von Finanzdienstleistungen entstehen können, sind vom entwicklungspolitischen Standpunkt äußerst ernst zu nehmen. Dabei fällt auf, dass die bestehenden Initiativen zur Unternehmensverantwortung diesen Bereich weitgehend ausklammern, obwohl die internationale Expansion von Banken und Versicherung zu den bedeutendsten Tendenzen im Finanzsektor gehört und die potentiellen Folgen für Mensch und Natur immens sind. Die bestehenden freiwilligen Nachhaltigkeits-Initiativen der Finanzbranche konzentrieren sich dort, wo die öffentliche Aufmerksamkeit am größten und die Verantwortung der Unternehmen am einfachsten nachvollziehbar ist, nicht dort, wo vom entwicklungspolitischen Standpunkt die größte Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der ärmeren Länder liegt.

Da die Strukturveränderungen in den Finanzsektoren der Entwicklungsländer von der Öffentlichkeit bisher relativ un beobachtet vor sich gehen und zumindest für den Laien selten in Zusammenhang mit dem Alltagsgeschäft einer einzelnen Bank in Verbindung zu bringen sind, ist das Reputationsrisiko für die Finanzdienstleister dort relativ gering. Die Akteure auf den Finanzmärkten sind aber treibende Kräfte der Liberalisierung des Finanzsektors, wie die EU-Anfragen im Rahmen des GATS und die Stellungnahmen der Finanzindustrie zeigen, die maßgeblich unter dem Einfluss der Vertreter der Branche entstanden sind.⁴⁵ Banken und Versicherungen müssen daher im selben Maß zur Rechenschaft für ihre Handlungen gezogen werden, wie in anderen Geschäftsbereichen. Dem Abbau von staatlichen Regulierungen des Auslandsgeschäftes der Finanzdienstleister im Zuge der Liberalisierung stehen bisher keinerlei Maßnahmen gegenüber, die gewährleisten, dass die Finanzsektoren

in den Entwicklungsländern den Imperativen der Armutsbekämpfung und der ökologischen Umsteuerung gehorchen. Sollte dieses Defizit bestehen bleiben, kann nicht davon gesprochen werden, dass die bestehenden Initiativen zur Unternehmensverantwortung zu einer nachhaltigen Wende in der Geschäftspraxis der Finanzdienstleister geführt haben.

Die meisten Initiativen zur Unternehmensverantwortung in der Finanzbranche betonen das Prinzip der Freiwilligkeit und wehren sich gegen regulatorische Maßnahmen. Dem liegt die Überzeugung zu Grunde, dass eine nachhaltige Wirtschaftsweise nicht im Gegensatz zu den Interessen der Finanzbranche liegt, in denen die schärfere Konkurrenz und das wachsende Gewicht institutioneller Anleger zur Profitmaximierung zwingen.

Die gemeinsame Initiative der Finanzindustrie für die rasche und schrankenlose Liberalisierung der Finanzmärkte weist jedoch darauf hin, dass Rentabilität und Nachhaltigkeit oft nicht im Einklang zueinander stehen. Auch die Mängel in der Praxis der bestehenden Initiativen für Corporate Social Responsibility verdeutlichen, dass viele Akteure es nach wie vor für profitabler halten, sich nur in Worten oder überhaupt nicht zu Nachhaltigkeitskriterien zu bekennen. Entwicklungspolitische Zielsetzungen dürfen daher nicht von den Launen des Marktes abhängig gemacht werden. Um ökologische und soziale Zielstellungen fest in der Unternehmenspraxis zu verankern müssen die bestehenden CSR-Initiativen durch Regulierungen im Rahmen einer neuen internationalen Finanzarchitektur ergänzt werden. Staatliche Regulierungen stehen nicht im Widerspruch zur selbständigen Initiative der Unternehmen; sie sind vielmehr eine Voraussetzung für eine verbindliche und nachdrückliche Umgestaltung der Geschäftspraxis in der globalisierten Finanzindustrie.

Bestehende Nachhaltigkeitsinitiativen klammern die negativen Folgen der Liberalisierung aus.

Entwicklungspolitische Zielsetzungen dürfen nicht von den Launen des Marktes abhängig gemacht werden. Es besteht Bedarf für staatliche Regulierung.

⁴⁵ Vgl. Vander Stichele, Myriam, Critical issues in the financial industry, SOMO 2004. S. 147.

4 Der Beitrag von Banken und Versicherungen für einen nachhaltigen Finanzsektor

Die Reichweite und Wirksamkeit der bestehenden Nachhaltigkeitsinitiativen ist begrenzt. Um zu vermeiden, dass die Bekenntnisse zu ökologisch und sozial verträglichem Wirtschaften leere Versprechungen bleiben, sollten zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, welche die Verbindlichkeit der CSR-Ansätze erhöhen und bisher nicht berücksichtigte Geschäftsfelder integrieren. Wir fordern daher von den Finanzdienstleistern:

1. Universelle Nachhaltigkeitskriterien, die Leitlinien für die gesamte Geschäftstätigkeit in allen Bereichen der Branche formulieren. Solange Nachhaltigkeitsinitiativen sich auf einzelne Geschäftsfelder (z.B. Projektfinanzierung, Mikrokredite) beschränken, können Unternehmen ihre Reputation durch beschränkte Maßnahmen in einzelnen Geschäftsfeldern verbessern, während die Geschäftspraxis in andern Feldern den proklamierten Nachhaltigkeitsansprüchen nicht genügt bzw. diese unterminiert. Verhaltenskodizes müssen auf die möglichen ökologischen und sozialen Folgen in den Mittelpunkt stellen; die Art der Transaktion, auf welche diese zurückzuführen sind, ist sekundär.
2. Ergänzend zu universellen Kriterien sollten spezifische Anforderungen für jeden einzelnen Geschäftsbereich entwickelt werden. Bisher gibt es nur im Projektfinanzierungsgeschäft unternehmensübergreifende Verhaltenskodizes. Solche Vorgaben fehlen bisher noch für das Anlagenmanagement, für die Geschäftstätigkeit im Ausland, für die Mikrofinanzierung, für die Versicherungsbranche und für andere Bereiche. Auch hier gilt, dass ein Unternehmen erst dann als nachhaltig wirtschaftend angesehen werden kann, wenn es die vollständige Übereinstimmung mit allen Kriterien in jedem Bereich seiner Tätigkeit nachweisen kann. Dieser Nachweis muss durch eine unabhängige Überprüfung bestätigt werden.
3. Finanzinstitute tragen die volle Verantwortung für die Auswirkungen ihrer Geschäfte auf Gesellschaft und Umwelt. Finanzinstitute müssen für alle Risiken, die sie eingehen und verursachen gerade stehen. Dazu gehören finanzielle Risiken ebenso wie die sozialen Kosten und Umweltkosten, welche bisher allein der Allgemeinheit aufgebürdet wurden.
4. Finanzdienstleister sind all jenen Rechenschaftspflichtig, die von ihrer Tätigkeit betroffen sind. Dies betrifft insbesondere all jene Menschen, die unteren negativen Folgen von Aktivitäten von Firmen und Projekten leiden, die von Finanzdienstleistern finanziert wurden. Rechenschaft erfordert, dass die Betroffenen einen Einfluss auf die finanziellen Entscheide haben, welche ihre Lebensqualität und ihre Umwelt beeinflussen. Dazu braucht es Gesetze, die Finanzdienstleister müssen aber unabhängig davon durch eigene Maßnahmen und Mechanismen die Rechte der Betroffenen sicherstellen.
5. Banken müssen gegenüber allen Anspruchsgruppen transparent sein, sie müssen regelmäßig gründliche standardisierte Berichte veröffentlichen, darüber hinaus sollen sie aber auch auf die speziellen Informationsbedürfnisse von Betroffenen eingehen und auch über die Strategien, Verfahren und einzelne Geschäfte Auskunft geben. Das Geschäftsgeheimnis soll nicht als Vorwand benutzt werden, um den Betroffenen Informationen zu verweigern.

Die bestehenden Nachhaltigkeitsinitiativen blenden developmentpolitische Belange bislang weitgehend aus. Soziale Verantwortung bedeutet jedoch auch, dass Finanzdienstleister spezielle Kriterien bezüglich ihres Auslandsgeschäftes in ärmeren Ländern erfüllen müssen. Die Unternehmen sollten sich:

1. zu einer Ausgewogenheit ihres Auslandsgeschäftes bez. der Produktpalette und der Kundenorientierung verpflichtet. Die überwiegende Konzentration auf die profitträchtigsten Segmente des Finanzsektors sollte verhindert werden, um die Exklusion der Armen und die Separierung der vermögendsten Kunden zu verhindern. Jedes Auslandsengagement sollte mit einem obligatorischen, substantiellen Angebot für Mikrofinanzierungen einhergehen, deren Konditionen dem Ziel der Armutsbekämpfung gerecht werden.
2. dazu verpflichtet, erwirtschaftete Profite in Entwicklungsländern zu reinvestieren, um den Kapitaltransfer von Süd nach Nord zu unterbinden.
3. ihrer Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung armer Staaten wahrnehmen und ihre finanziellen Transaktionen auf spezielle Anforderungen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur, z.B. durch günstige Angebote für kleine und mittelständische Unternehmen abstimmen.

Da diese Mindestanforderungen durch die gegenwärtige Form der Liberalisierung in Frage gestellt werden, müssen die Initiativen für die unbeschränkte, sofortige Marktöffnung im Rahmen des GATS eingestellt werden. Die unkontrollierte und irreversible Marktöffnung seitens der Entwicklungsländer erhöht das Risiko von Finanzkrisen und schadet den Interessen der Armen in den Entwicklungsländern.

Statt dessen müssen die Nachhaltigkeitsinitiativen der Finanzdienstleister mit der Etablierung einer neuen internationalen Finanzarchitektur einhergehen, welche durch wirksame gesetzliche Maßnahmen die Missachtung von sozialen und ökologischen Kriterien unterbin-

det und die Gefahren durch Finanzkrisen eindämmt.

Elemente einer neuen internationalen Finanzarchitektur sind:

- Besteuerung von Devisentransaktionen durch die zweistufige Variante der Tobin-Steuer (Spahn Modell), um Überliquidität vom Markt zu nehmen, die Volatilität der Wechselkurse zu dämpfen und spekulative Attacken zu unterbinden.
- Selektiver Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen sowohl bei Zu- als auch Abflüssen wenn die makroökonomische Situation eines Landes dies erfordert sowie zur Minderung der Ansteckungsgefahr bei Finanzkrisen (positive Beispiele: Malaysia, Chile)
- Abschaffung von Offshore-Finanzzentren und Steuerparadiesen
- Regulierung des Derivatehandels, der hochspekulativen Hedge-Funds und der Private Equity Funds
- Haftung der Anleger im Fall von Finanzkrisen (bail in)
- Demokratisierung der Internationalen Finanzinstitutionen
- Stabilisierung der Wechselkurse durch regionale Währungs Kooperation nach dem Vorbild des Euro-Raumes
- Besteuerung des Sekundärhandels mit Aktien und Wertpapieren
- Transnationalisierung der Finanzaufsicht
- Etablierung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten

Literatur

- A Big Deal? Corporate Social Responsibility and the Finance Sector in Europe, CORE 2005.
- Banken und Entwicklung. Welche Rolle können Banken bei der Minderung von Armut spielen?, Südwind 2006.
- Behind the mask. The real face of corporate social responsibility, Christian Aid 2004.
- Beyond CSR? Business, poverty and social justice, The International Research Network on Business, Development and Society – Briefing No.1, IRNBDS 2005.
- Domanski, Dietrich, Foreign banks in emerging market economies: changing players, changing issues, in: BIS Quarterly Review 4 (2005), S. 69-81.
- Equator Principles II. NGO comments on the proposed revision of the Equator Principles, Banktrack 2006.
- Franco, Vincenzo, FDI Regulation and Corporate Accountability: A Discussion of Policy Options. Friends of the Earth US, 1998.
- Fuchs, Peter, Codes of Conduct – neue Handlungsoption zur Re-Regulierung transnationaler Konzerne ›von unten‹?, in: Dörrenbächer, Christoph und Plehwe, Dieter (Hg.): Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen. Berlin: Edition Sigma 2000.
- Globalisation of Financial Services. Political Struggles, Experiences and Alternatives, WEED 2006.
- Green, social and ethical funds in Europe 2005, SiRi Company 2005.
- Greven, Thomas und Scherrer, Christian, Assessing Codes of Conduct: The Limits of Consumer Power, in: Sozioökonomische Texte der HWP, S. 34-40.
- International und katastrophal – Das Projektfinanzierungsgeschäft der WestLB, Urgewald 2004
- Jenkins, Rhys, Globalization, Corporate Social Responsibility and poverty, in: International Affairs 81 (2005), S. 525-540.
- Mosebach, Kai et al., Kapital braucht Kontrolle. Die internationalen Finanzmärkte: Funktionsweise – Hintergründe – Alternativen. Kairos Europa und WEED 2001 (3. Auflage).
- Kerkow, Uwe; Martens, Jens und Schmitt Tobias, Die Grenzen der Freiwilligkeit. Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungen von NGOs und Gewerkschaften beider Anwendung freiwilliger Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, WEED 2003.
- Krüger, Lydia und Reiners, Suleika, Expansion ohne Grenzen, WEED 2005.
- Missbach, Andreas: »The Equator Principles: Drawing the line for socially responsible banks? An interim review from an NGO perspective, in: Development 47,3 (2004), S. 78-94.
- Perspectives. Generation lost: young financial analysts and environmental, social and governance issues, World Business Council for Sustainable Development and United Nations Environment Programme Finance Initiative 2005.
- Richter, Judith, Holding Corporations Accountable. Corporate Conduct, International Codes, and Citizen Action, London und New York 2001.

Schneeweiß, Antje: Investitionen in die menschliche Entwicklung. Ein Leitfaden für die Berücksichtigung entwicklungspolitischer Aspekte in sozial verantwortlichen Geldanlagen. Institut SÜDWIND, 2004.

Shaping the Future of Sustainable Finance. Moving from Paper Promises to Substance, WWF und Banktrack 2006.

Terberger, Eva, Mikrofinanzierung: Allheilmittel gegen Armut? In: Forschungsmagazin Ruperto Carola, 3 (2002).

Unternehmensverantwortung zwischen Dialog und Verbindlichkeit. NRO-Standortbestimmung nach 5 Jahren am »Runden Tisch«. Dokumentation des Workshops am 7. Dezember 2004 in Bonn, VENRO 2005.

Utting, Peter, Rethinking Business Regulation. From Self-Regulation to Social Control, United Nations Research Institute for Social Development—Programme Paper Number 15, UNRISD 2005.

Vander Stichele, Myriam, Critical issues in the financial industry, SOMO 2004.

Wick, Ingeborg, Worker's tool or PR ploy. A guide to codes of international labour practice. Bonn und Siegburg 2003.

Nützliche Weblinks:

Zivilgesellschaftliche Organisationen

WEED:

www.weed-online.org

NRO-Netzwerk Banktrack:

www.banktrack.org

Südwind:

www.suedwind-institut.de

Centre for research on multinational corporations:

www.somo.nl

Oikocredit:

www.oikocredit.org/site/de/

Nachhaltigkeitsinitiativen im Finanzsektor

Equator Principles:

www.equator-principles.com

UNEP Finance Initiative:

www.unepfi.org

Jahr des Mikrokredits der UN:

www.yearofmicrocredit.org

Forum nachhaltige Geldanlagen:

www.forum-ng.de

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung



weed

weed wurde 1990 gegründet und ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation. Wir sind mit dem Ziel angetreten, in der Bundesrepublik Deutschland mehr Bewusstsein für die Ursachen der weltweiten Armuts- und Umweltprobleme zu schaffen. weed engagiert sich in nationalen und internationalen Netzwerken und führt Organisationen und Initiativen in Nord und Süd zusammen.

Themenschwerpunkte:

- Internationale Verschuldung, Entschuldungsinitiativen und die Rolle Deutschlands
- IWF und Weltbank: Politik, Projekte und Programme
- Reform und Demokratisierung der internationalen Finanzmärkte
- Internationale Handelspolitik und WTO
- Nord-Süd-Politik der Europäischen Union
- Internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik

Die Instrumente unserer Arbeit:

- Wir erstellen Recherchen, Hintergrundmaterialien und Arbeitspapiere, z.B. den periodisch erscheinenden »weed-Schuldenreport«.
- weed führt Kampagnen durch, informiert politische Entscheidungsträger und interveniert in politische Entscheidungsprozesse.
- Wir wollen Bewusstsein schaffen durch die Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Tagungen. Wir kooperieren intensiv mit Medien und betreiben Öffentlichkeitsarbeit.
- weed arbeitet in nationalen und internationalen NRO-Netzwerken mit.

Schreiben Sie uns oder rufen Sie einfach an:

weed

Bertha-von-Suttner Platz 13, 53111 Bonn

Tel.: +49 - (0)228 - 766 13 - 0

Fax: +49 - (0)228 - 963 82 06

weed

Torstr. 154, D-10115 Berlin

Tel.: +49 - (0)30 - 27 58 - 21 63

Fax: +49 - (0)30 - 27 59 - 69 28

weed@weed-online.org

www.weed-online.org

weed bewegt – bewegen Sie weed!

Unterstützen Sie die Arbeit von weed und spenden Sie:

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00)

Konto-Nr. 3220600

oder online Spenden <http://www.weed-online.org/about/spenden/index.html>

Werden Sie Mitglied:

Einfach das Formular zum Beitritt unter <http://www.weed-online.org/about/join.html> ausfüllen.

Neuerscheinungen:

Internationale Steuern

Globalisierung regulieren
Entwicklung finanzieren

Aus dem Inhalt:

- Hamster im Rad? – Zur Geschichte der Entwicklungsfinanzierung
- Devisentransaktionssteuer
- Umweltsteuern
- Andere innovative Steuern
- Neue Dynamik? – Politische Erfolgsbedingungen internationaler Steuern
- Handlungsorientierungen

Autor: Peter Wahl

56 Seiten

Schutzgebühr EUR 5,00 (Mitglieder EUR 4,00),

zzgl. Versand



Expansion ohne Grenzen?

Der Handel mit Finanzdienstleistungen

Aus dem Inhalt:

- Fließende Grenzen – Die Akteure der Finanzbranche
- Handel mit Geld – Kredite, Aktien, Anleihen, Devisen, Derivate, Fonds
- Liberalisierung und Ausverkauf – Finanzdienstleistungen in der WTO
- Die weltweite Privatisierung der Rente
- Kapital braucht Kontrolle

Autorinnen: Lydia Krüger und Suleika Reiners

70 Seiten

Schutzgebühr EUR 5,00 (Mitglieder EUR 4,00)

zzgl. Versand



Bestellungen: WEED, Torstr. 154, 10115 Berlin, Tel: 030/2758-2163, E-Mail: weed@weed-online.org

Fax: 030/27596928 oder <http://www.weed-online.org/publikationen/bestellung/>

ISBN-10: 3-937383-46-8
ISBN-13: 978-3-937383-46-0

